

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Aboabonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich. Einzelheft monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierzehntägl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonne und Feiertage.

Redaktion: Brüderstraße 21, II. Telefon 3465.  
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.  
Gesellschaftsamt: Brüderstraße 21. Telefon 1769.  
Geschäftsszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Unterlagen werden die eingestellte Zeitung mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinanzeigen 20 Pf. Interesse müssen bis spätestens 1/2 Uhr früh in der Redaktion abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 222.

Dresden, Donnerstag den 24. September 1908.

19. Jahrg.

## Ernste Zeiten.

Schwere Kämpfe drohen. Niemand gebe sich der verhängnisvollen Täuschung hin, er bleibe von ihnen unberührt. Eine solche Aussicht bedeutet entweder verbündete Torheit oder armlose Freiheit.

Es handelt sich in den Kämpfen, die sich drohend vorbereiten, um die Lebensinteressen des Volkes.

Noch herrscht "vorsichtiges" Schweigen über den Inhalt der Projekte, die dem Fleische, dass durch unsinnige Finanzwirtschaft die Zerrüttung der Finanzen herbeiführte, nun Mittel in der Höhe von

### mindestens 500 Millionen

schaffen sollen. Den letzten Besitz will man liebhaben "schonen". Alles, was sich "notleidend" fühlt, kämpft rückfests und mit eindruckender Schamlosigkeit gegen jede Steuer, die von den Besitzenden zu tragen wäre. Der weitauß größte Teil der ungeheuren Rehbelastung soll den Schultern der Armen und Kérnen aufgebürdet werden. Dabei nimmt man selbstverständlich Rücksicht darauf, dass in der gegenwärtigen Zeit des wirtschaftlichen Niederganges, der gesteigerten Gefahr der Arbeitslosigkeit, einer ungeheuerlich hohen Lebensmittelpreise die gesamte Lage der arbeitenden Klassen bis zur Unerschöpflichkeit schwierig geworden ist.

Man rechnet auf die Gleichgültigkeit der Massen, die so vieles schweigen und dulden können; man rechnet auf die dumpe und stumpfe Unterfangenbildung, die sich von einer rücksichtslosen bürgerlichen Presse mit Verhüllungen säubern und täuschen lässt; man rechnet auf die unbegrenzte Selbstverblendung der vielen, die dem Treiben der arbeiterfeindlichen Presse zugeschworen oder gar die selbstmordbereite Taktik befolgen, sich die schamlosen, verlotterte und verlogene bürgerliche Presse plaudern zu lassen.

In ein Arbeitersheim gehört die Arbeitspresse!

Wer das nicht selbst fühlt und selbst erkennt, gehört zu jenen Wohlwolligen, die noch doulbar sind, wenn man ihnen den tödlichen Strick um den Hals schlingt.

In Sachsen wird die Wahlrechtsfrage in Flug kommen. Die Entschiedenheit der Dreiklassenwahl schmackt auf das Schlechteste den Kampf aufzunehmen gegen das Gauleispiel der Wahlreform, gegen die jeder Scham haben Bestrebungen zu neuer streitung.

Nur die Arbeitspresse vertretet in dieser Lebensfrage der arbeitenden Bevölkerung Sachsen die Interessen des Volkes. Die gesamte bürgerliche Presse läuft für Geldinteressen, weil sie das Abhängigkeitsideal von den Geldhändlern nicht erreichen will. Ihr ist jede Gelassenheit willkommen, das arbeitende Volk zu schwächen, zu verschämen, jede Ausnahmemöglichkeit gegen Arbeiter zu verteilen, jede Brutalität gegen Arme und Beschläge zu rechtfertigen und gutzuheißen.

Wollt ihr ein Blatt, das euch schwächt, euch verhöhnt, euch mißhandelt, das euren schlimmsten und unerträglichsten Gegnern als Waffe dient?

Oder wollt ihr ein Blatt, das in jeder Frage, zu jeder Stunde für euch kämpft mit schärfsten Waffen?

Die Wahl kann keinem verhindern und ehrlich denkenden Menschen schwer fallen! Datum:

### Werdet Leser der Dresdner Volks-Zeitung!

Parteigeschoss! Gerade in einer Zeit schweren wirtschaftlichen Drucks und drohender Gefahren auf politischem Gebiete bietet sich der Werbearbeit für eure Zeitung das dankbarste Feld. Sagt dem, die noch absitz sitzen und die Bedeutung der Arbeitspresse als des schärfsten Schwertes im Kampf gegen Vergeraltigung und Unrecht noch nicht erfasst haben, dass sie sich wehr- und waffenlos dem Schlimmsten in die Arme werfen, wenn sie sich auf verwerthliche Gleichgültigkeit, bänglicher Furcht oder leiser Kleinmütigkeit gegen das Kampforgan der arbeitenden Klassen ablehnend verhalten.

Sagt ihnen, dass es Selbstmord ist, wenn sie sich von der Presse ihrer schlimmsten Gegner bestimmen und beschwichten lassen!

### Werbet Leser für die Dresdner Volks-Zeitung!

#### Kommunale Entwicklungen

##### in Deutschland.

Das Siegreiche Vordringen des sozialistischen Gedankens kommt auch darin zum Ausdruck, dass selbts seine Gegner sich gezwungen sehen, ihm Konkurrenz zu machen. Der Staats- und kommunalsozialismus ist kein etwas der demokratischen Sozialdemokratie, den die Sozialdemokratie erstrebt, Staats- und Gemeindebedürfnisse beruhen auf kapitalistischer Grundlage schon deshalb, weil es innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft auch nur kapitalistische Betriebe geben kann, die in das kapitalistische Widerland einzutreten. Aber diese Betriebe gehören doch keinem Privatkapitalisten, sie sind nichtbesitzerneigner Einrichtungen, welche der Gemeinschaft der Gesellschaft gehören und bis zu einem gewissen Grade in deren Interesse verwaltet werden. Die Sozialdemokratie ist daher auch fast für sie eingetreten, wie z. B. für Verstaatlichung der Eisenbahnen, Post, Bergbau u. a. u. ganz besonders aber für die Kommunalisierung der Betriebe, die den Bedürfnissen einer Kommune dienen.

Der größte Widerstand gegen die staatlichen und städtischen Wirtschaftsbetriebe wurde überall von den Liberalen, als den Vertretern der kapitalistischen Interessen, geleistet. Wie stehen daher auch, dass in den Ländern, wo der Liberalismus am mächtigsten war und noch ist, heute noch die Eisenbahnen und sogar teilweise noch die Post in den Händen der Privatkapitalisten sind, wie in England, Amerika, Frankreich, in der Schweiz u. a. Mit der Theorie vom freien Spiel der Kräfte suchten die liberalen Kapitalisten ihre Ausbeutung der Gesellschaft zu rechtfertigen. Dieses "freie Spiel der Kräfte" wurde allerdings durch die Monopole und Trusts bald aufgehoben und die Gesellschaft kam in die Abhängigkeit einzelner Kapitalistengruppen. Selbst die ganze kapitalistische Welt wurde dadurch geschädigt, denn überall ist es sich, dass da, wo die der Allgemeinheit dienenden Institute in Händen von Kapitalisten sind, die Entwicklung gehemmt, der Fortschritt aufgehoben wird. Die Privatbahnen in Frankreich wie in anderen Ländern sind genauso miserabel, und überall, in allen Punkten ist heute die Bewegung stark, die die Verstaat-

lichung mindestens aller dem Verkehr dienenden Einrichtungen verlangt. Die Verstaatlichung der Eisenbahnen in Frankreich ist bereits eine beschlossene Sache. Und wir brauchen nur daran hingewiesen, dass in Deutschland die Industrie, soweit sie nicht selbst an Bergwerken beteiligt sind, die Verstaatlichung der Bergwerke erstreben, weil sie unter dem Kohlenzuwuchs der fortwährenden Bergwerke leidet.

Zum Glücken hat sich aber das Bedürfnis, sich von dem Joch kapitalistischer Gesellschaften zu befreien, in den Kommunen geltend gemacht. Als vor 11 Jahren Vindemanns interessantes Buch über Städteverstaatlung und Municipalismus in erster Ausgabe erschien, erregte es ganz besonders deshalb das größte Aufsehen, weil es zeigte, wie in dem überalen England, wo die Wanderschichttheorie sich am festesten eingewurzelt hatte und eine sozialistische Bewegung, wie in Deutschland, nicht vorhanden war, sich dennoch aus den Verhältnissen heraus ein Municipalismus entwickelt hatte, der vorbildlich für alle übrigen Länder geworden ist. Auch in Deutschland ist der überale kapitalistische Widerstand gegen die Kommunalisierung der den Interessen der Gemeinde dienenden Betriebe ebenfalls abgewiesen worden, wofür auch die Tatsache spricht, dass heute selbst überalen Organe für die kommunalen Wirtschaftsbetriebe einzutreten, die bisher ihre größten Gegner waren. So auch das freiliegende Berliner Tageblatt, das für längst ebenso entschieden für den Municipalismus — die Nachahmung des englischen Beispiele — eintrat, wie es Jahrzehnte hindurch für die private Initiative plädierte. Es habe lange gedauert, meint das überale Blatt, und nicht gerings wäre verurteil, ehe man sich von dem Gedanken frei machen könnte, dass möglichst alle Wirtschaftsbetriebe, auch die im öffentlichen Interesse unternommenen, der Privatinstitution überlassen bleiben müssten. Lehrreich sei es aber, doch gerade in demjenigen Lande, das zuerst den Schritt von der möglichst weit ausgedehnten Privatinitiative zur Verschiebung öffentlicher Bedürfnisse aufgestellt und durchgesetzt hatte, nämlich in England, zu allererst der Umsturz der Einschätzungen zutage getreten sei. In Deutschland müsse nun das englische Beispiel früher als bisher nachgeahmt werden. Die unglaubliche Entwicklung unseres Süddeutschland stellt eben unsere Städteverwaltungen vor ganz neue Aufgaben, die eine den Saitenschauungen entsprechende Lösung ge-

bieten. Gerade vom Standpunkt der bürgerlichen Selbstverwaltung aus ist es auf das innigste zu wünschen, dass der große soziale Moment sein kleines Verwaltungsgeschlecht gefunden haben möge, sondern ein solches, das mit offenen Sinnesorganen für die Entscheidungen der umgebenden Welt ausgetüftet, auch ihren Problemen gegenüber sich völlig gewaschen gelgen und tatsächlich einzugehen entschlossen soll. Es ist ein alter, durch tausendfache geschichtliche Erziehung bestärkter Satz, dass nur derjenige Halt vor bleibt, der aus einer gereiften Erkenntnis heraus freiwillig den Zeitanforderungen genüge tut, anstatt sich deren Erfüllung erst durch die unüberstieglich gewordene Macht der Umstände abtreten zu lassen."

Das ist ganz vom bürgerlichen Standpunkt aus gesprochen. Über das Verlangen, den "Selbstanschauungen", den "Zeitanforderungen" der umgebenden Welt, den "Selbstveränderungen" freiwillig Rechnung zu tragen, bevor eine "unüberstieglich gewordene Macht" sie abträgt, entspringt der Erkenntnis, dass die in Betracht kommenden kommunal-sozialistischen Tendenzen sich "gebietlich" durchsetzen werden und dass ein weiterer Widerstand vergeblich ist.

Kürzlich gingen durch die bürgerlichen Blätter Artikel über die "Schuldenlast der deutschen Städte". Es wurde mitgeteilt, dass die Schuldenlast der Städte am 31. März 1907 rund 3.8 Milliarden betrug, während das Reich damals nur 3.4 Milliarden Schulden gehabt habe. Das seien die "Schäden seitens der städtischen Entwicklung", hieß es in einem dieser Artikel. Dies löst sich aber leider kaum so ohne Weiteres behaupten. Dieselbe Erkenntnung zeigt sich auch in England, wo die Verschuldung der Kommunen von 123 523 445 Pfund Sterling im Jahre 1874/75 auf 215 543 545 Pfund im Jahre 1892/93 gestiegen ist, wozu Vindemann in seinem Buch über den Municipalismus in England sehr richtig bemerkte: "Dies rapide Anwachsen städtischer Schuld ist trotz aller Bedingungen ein erstaunliches Zeichen dafür, dass die Städte zu der Erkenntnis ihrer zahlreichen Aufgaben erwacht sind und dass die lange Periode trübler Situationen ein Ende erreicht hat. Die Höhe einer städtischen Schuld gibt im allgemeinen gar keinen Maßstab der tatsächlichen Verschuldung. Ein großer Teil derselben kann dazu geboten haben, Gas- und Wasserwerke, Straßenbahnen, Märkte, Elektrizitätswerke zu anzukaufen und einzurichten und daher direkt produktiv sein. Die Einfüsse aus diesen Unternehmungen deuten sehr häufig nicht nur die Vergünstigung und Tilgung dieses Teils, sondern liefern auch noch Nebenkosten, die zur Vergünstigung der nicht oder wenigstens nicht direkt produktiven Schuld verwendet werden." Das trifft auch für Deutschland zu. Nach einer Untersuchung von Professor Neese, die im Statistischen Jahrbuch deutscher Städte veröffentlicht wird, hatten von 58 Städten mit über 50 000 Einwohnern 44 eigene Gaswerke, 43 eigene Wasserwerke, 30 eigene Elektrizitätswerke, 22 eigene, meistens für ihre Beamten und Arbeiter errichtete Wohnhäuser und nur 10 eigene Straßenbahnen. Alle diese Betriebe liefern sehr gute Ergebnisse.

Diese Statistik gibt jedoch nur ein sehr unvollständiges Bild. In städtischer Verwaltung befinden sich im Jahre 1908 in Deutschland 510 Elektrizitätswerke, 842 Gasanstalten, 48 Straßenbahnen, 1976 Wasserwerke, 239 Desinfektionsanstalten, 784 Schlachthäuser und Viehhäuser und 44 Markthallen. 1791 Elektrizitätswerke, 543 Gasanstalten und 135 Straßenbahnen gehörten noch privaten Unternehmen.

Über auch nicht nur in der Kommunalisierung von Betrieben und in der Inangriffnahme des Errichtens von städtischen Wohnhäusern kommt die kommunal-sozialistische Entwicklung zum Ausbruch, sondern auch in der Säuglingsfürsorge, den Milchzentralen, der Schulförderung, der Tierverpflegung, den Waldbesitzungsstätten usw., die sich in den letzten zwei Jahren so verbreitet haben, dass bereits die Forderung nach sozialen Gesetzen besteht und erhoben wird, um diese Einrichtungen zu einer Kette zu verbinden.

In dieser Entwicklung gibt es keinen Halt. Die Kommunalisierung der Apotheken wird heute auch bereits von bürgerlicher Seite gefordert. Und die Verjüngung der Einwohner mit Lebensmittelmitte durch die Kommune rückt auf den Milchzentralen, den städtischen Fleisch-, Fisch-, Rohsteveraufsstellen usw. heran. Eine große Perspektive eröffnet sich auf diesem Gebiete. Was vorhanden ist, das ist alles nur ein kleiner Anfang. Und was heute entsteht, sind Einrichtungen der bürgerlichen und kapitalistischen Gesellschaft und tragen deren Gepräge. Nichtbesitzerneigner gelten für die Dichtlinien an, auf denen sich die Entwicklung vollzieht, die heute freilich dadurch wesentlich gehemmt wird, dass die Klasse wahrscheintlich durch die Gemeinderäte und Parlamente den besitzenden Klassen ohne weiteres die Herrschaft sichern und den Einfluss der Arbeiter nicht genügend und in vielen Fällen gar nicht zur Geltung kommen lassen. Die Eroberung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts an den Kommunalwahlen ist die Voraussetzung dafür, dass Größeres und Wertvolleres in den Gemeinden geschaffen wird.

### Die Parteipresse über den Parteitag.

(Fortsetzung.)

**Das Hamburger Echo:**

Das Resultat des Auseinandersetzungen war, wie aus unserem ausführlichen Bericht bekannt, die Annahme der Resolution des Vorsteuertages, die die Lübecker Resolution nach einer Einschränkung unterwarf. Wir haben in unserer Beitragsartikel zum Vorsteuertage die Meinung vertreten, dass die Lübecker Resolution ausreichend sei, wenn man sie nicht in ungünstiger Weise zu interpretieren ver-

habe. Das in den den Menschen in den süddeutschen Landtagen geschehen. Sie wollten sich dadurch in der Frage der Budgetbewilligung eine größere Bewegungsfreiheit verschaffen, als nach dem Einmarsch und dem Vorstoss der Süddeutsche Resolution wünschen. Die Gründe, die für die Vergleichsinsel führten, könnten auch von denen nicht so geringfügig anerkannt werden. Die eine weitere Einigung des vor der Süddeutsche Resolution getroffenen Triebzugs nicht zu wünschen wüllten.

Die süddeutschen Genossen legten der Resolution des Parteivorstandes von vornherein ein drohendes „Unannehmbar“ entgegen und es sah auch so aus, als ob die Einheit der Partei am Ende keine Sicherheit hätte. Manche Argumente ließen sogar die Meinung zu, daß eine Spaltung verhindert ist, wenn der Parteivorstand die Verlängerung der Partei und anderen, mit denen sich die Münchner sozialdemokratischen erklärten, ablehnen. Sie beschwerten, daß dies ihrer Meinung nach würde lediglich 90 Prozent hinter sich zu haben, was jedoch beweist wurde und mit Recht beweist werden darf. Daraus folgt die Situation für die Einheit der Partei etwas bedenklich aus und aus ihr in dann die Resolution Frohne und der Süddeutsche-Sozialdemokratische Genossen hervorgingen, die unter anderem die Aufzeichnung der Süddeutsche Resolution für die sozialdemokratischen Vertreter in den Einzelstaaten die Pflicht konstruierten wollte, wenn sie meinten, daß genugende Gründe für die Zustimmung zum Budget vorliegen, sich erst mit den Landesvertretern und dem Parteivorstand darüber zu beschäftigen haben. Dann sollte für die Zukunft verhindert werden, daß hinter dem Rücken des Genossen und über deren Nase hinweg die Arbeit entschieden würde. Die Antragsteller glaubten damit einen Weg gefunden zu haben, den auch die süddeutschen Genossen bestreiten könnten, um sich von ihrem unzufriedenen „Unannehmbar“ in die Einheit der Partei zurückzuziehen. Sie erklärten sich demnach auch zur Annahme der Resolution bereit.

Die Mehrheit des Parteitags war jedoch der Meinung, daß die der Süddeutsche Resolution geheilte Auslegungskunst und der in dem Votum des süddeutschen Landtagstaatens liegende Verstoß gegen die Parteidisziplin eine schwärmere Juridizierung verdiente und die Bedeutung der Süddeutsche Resolution eine präzisere Deklaration erforderte. Und so wurde dann zunächst die Resolution Frohne mit 217 gegen 160 Stimmen abgelehnt und darauf die Vordereidelsolution mit 238 gegen 110 Stimmen angenommen. Ein Teil der Delegierten, die den süddeutschen Genossen für die Nähe zur sozialdemokratischen Einheitspartei gefallen waren, die sie in der Resolution Frohne gefunden zu haben glaubten, kame nach Abstimmung dieser um so eher für die Resolution des Parteivorstandes stimmen, als der Sollreferent Ebert ausdrücklich erklärt hatte, daß damit keine Verstärkung der Süddeutsche Resolution beabsichtigt sei. Damals hielten die süddeutschen Genossen auch noch dem Votum des Parteitags an ihrer Stellung fest, indem sie durch Sozial im Namen von 66 Delegierten die Vermauerung verleben ließen. Über die ihnen verbleibende Zeit der Überlegung wird sicher auch bei ihnen der Erfahrung Raum verloren, daß auch sie sich als gute Delegierten den Parteidisziplinschulen fügen müssen und die Einheitlichkeit der Taktik endlich auch deshalb fördern, weil die süddeutschen Regierungen mit den norddeutschen sozialdemokratischen sind. Der geschlossene Front drücken müssen wir eine geschlossene Front herüber entgegenziehen, und je gefährlicher und stärker der Feind, desto notwendiger ist die unbedingte Geschlossenheit auf unserer Seite.

#### Die Medienburgische Volkszeitung in Nürnberg

Leider hat der Mehrheit des Parteitags die Resolution Frohne nicht genügt. Wie bedauern das. Angenommen muß der Vater des Parteitags freilich, daß die Verteilung der Budgetbewilligung nichts weniger wie gehabt ihre Sache vertreten haben. Sie haben zu viel hinzugefügt, und erst das brachte jene Mehrheit auf dem Parteitag zu jähren. Sonst hätte die Resolution Frohne wohl alle gekommen, die nur bislang noch nicht persönlich gegen den „Reichsminister“ engagiert haben. Wenn die Nähe des Genossen Stolten & Co. kann bei dem, der ruhig überlegt, nicht ohne Eindruck bleiben.

Was die nach den enttäuschenden Abstimmung von Timm und die von Sozial abgelehneten Prüfungserklärungen praktisch im Gefolge haben werden, das überlassen wir getrost der Zeit. Wie hoffen nicht nur, daß die süddeutschen Genossen sich dem nun einmal geschafften Verhältnis des Nürnberger Parteitags in freiwilliger Weise unterordnen werden, daß es vielleicht auch unter Überzeugung.

#### Die Arbeitersitzung in Remscheid

Die Zustände, daß 66 von den 377 stimmberechtigten Mitgliedern des Nürnberger Parteitags unterschiedlich die Erklärung abgaben, sich dem Reichsminister in der Budgetfrage nicht fügen zu können, ist ein sehr eigenartiges und ungünstig so weittragendes Ereignis in der Parteidisziplin, daß die Partei allen Anlaß hat, darüber nicht abzuhören. Die Alten zu folgen, sondern vielmehr eine gewissenhafte und eindringliche Radvorstellung vorzunehmen. Der Parteitag selbst hat sich mit der Erklärung der „Unbefähigten“ nicht mehr beschäftigt. Göttsche er die Konsequenzen seiner eigenen Verhältnisse ziehen müssen, so hätte er in aller Form feststellen müssen, daß die Zustimmung der 66 Delegierten für die den Ausschluß aus der Partei bedeute.

Was wir aber nicht der Entwicklung der süddeutschen Genossen überlassen können, ist die rechtliche Beurteilung, ob nicht die norddeutsche Einheitsmittelheit für ihre eigene zukünftige Politik zuviel zuviel aus der jetzt in Nürnberg gemachten Erziehung lernen kann.

Unter diesen Umständen haben wir Norddeutschen die Pflicht, Austritt zu halten, ob wir nicht durch eigene Klärung manchen zukünftigen Konfliktmöglichkeiten vorbeugen können. Das Beste ist, die Mainline aus der Partei verstreichen zu lassen, — nachdem wir die Süddeutschen erinnerten ihrer „Eigentümlichkeit“ überlassen müssen und den Erfahrungen, die sie damit in Zukunft machen werden, ob wir nicht auch in ihr Interesse für den Prudenzial liegen, die wir beitreten oder ausweichen können.

In diesem Sinne, glauben wir, werden die Norddeutschen gut tun, in Zukunft unbefangen und bürgerlich als bisher faktische Partei zu dienen. So wenig wir in Preußen und im Reichstag in absehbarer Zeit in die Lage kommen werden, komplizierte tatsächliche Maßnahmen zu vollführen, so müssen wir uns doch um der Süddeutschen Schwierigkeiten willen, die wir seit der Erklärung der Nürnberger Schwierigkeit ständig als dunkle und unverlässliche Möglichkeit am Horizont sehen, den Sinn für die verschiedenen Methoden des parlamentarischen Kampfes zu schärfen. Das heißt: Wir müssen die uns im Reich und Blut übergegangene Auffassung machen, daß es für die Sozialdemokratie überwiegend unter keinen Umständen eine andere Methode des parlamentarischen Kampfes geben kann als die der scharfen Opposition gegen jede bürgerliche Regierung und jedes bürgerliche Partei.

#### Die rechtssozialistische Arbeitersitzung in Duisburg

Wir haben nicht ganz auf dem Standpunkt des Vortrags und hätten es lieber gehabt, wenn die Kompromißresolution Frohne zur Annahme gelangt wäre, weil wir der Meinung sind, daß die Einigkeit und Geschlossenheit in der Partei auch selbst dann erhalten bleiben müßt, wenn in ihr kein Drang einmal um des Hauses Weise vom Platz der Tugend abweichen wird, womit wir indeed das Letzte schon weit entwischen müssen. Zugestehen mußt werden, daß die angenommene Resolution des Parteivorstandes die Partei und das Untermir teilte. Indes bekräftigen wir, daß durch die Majorierung einer so großen Minorität aus der Gewerkschaft überzeugt worden ist, zu hoffen steht, daß im Interesse der Partei die Unterlegenheit nicht mehr weiterführen kann, da es in erdrückender Weise müssen, es das soziale Gewissen der Gewerkschaften wiederfestigt war. Wie müssen uns die Gewerkschaften der Gewerkschaften wiederfestigt werden?

#### Die Süddeutsche Volkszeitung

Zweckmäßig sind wir der Meinung, daß es für die Partei am besten gewesen wäre, wenn der Vortrag aus dem Vernehmen

antrag Frohne, der ausdrücklich den Süddeutsche Vorsitz bestätigt, jedoch bezüglich der Ausnahmen ein Einverständnis zwischen dem Parteivorstand und dem in Betracht kommenden Landesorganisationen herzustellen wußten wollte, vereinigt hätte.

Nachdem die Vertreter der Partei in ihrer großen Mehrheit der bekannten Resolution des Vorstandes zugestimmt haben, sind wir der festen Überzeugung, daß unsere süddeutschen Genossen ihre Unbefähigkeit wußten wollte, vereinigt hätte.

Nachdem die Vertreter der Partei in ihrer großen Mehrheit

finanzpolitischen Versprechen herangezogen, hatten, das Endergebnis im Tag die Pläne Sojohns zu bestimmen, welche er gezeichnet habe.

So wohl wie Sojohns ist es in der Tat lange keinen Finanzminister bei der Einführung neuer Steuern geworden; jedenfalls drängen sich dazu, seine Wünsche zu erfüllen.

#### Die Einberufung des Reichstages

Wie die Norddeutsche Allgemeine Zeitung weiß, ist noch Bemühungen mit dem Bundesrat damit einverstanden, daß der Reichstag am 4. November wieder zusammentritt. Der preußische Landtag soll den Bemühungen am 20. Oktober einberufen werden.

#### Bundesarbeitsamtsverordnung

Belohnend ist die Arbeitsamtsverordnung am 4. Januar d. J. dem Bundesrat zugewandt und von ihm einen beschluß übernommen worden. Wie nun gemeldet wird, soll die Vorschläge im Ausschüsse einer durchgreifenden Änderung verworfen werden. Die Ablehnung an Berufsschulzonen, die in letzter Zeit in Süddeutschland die Sozialdemokratie einige Erfolge erzielt hat, ist eine der wichtigsten. Diese Erleichterungen und Konzessionen sind höchst unbedeutend Natur, sie belohnen einige Anleben mit, wenn man sie mit der preußischen Trostlosigkeit vergleicht. Es gehört die ganze Kraft der preußischen Reaction dazu, um die süddeutschen Tagelöhner als helle Sterne erstrahlen zu lassen, aber für verschiedene Genossen sind sie zu Hoffnungssternen geworden, die die Heilung eines neuen Heilands, einer neuen Methode proletarischen Emancipationskampfes anzeigen.

Die süddeutschen Eigenart erfüllt diese Erwartungen, sie rechtfertigt sie aber nicht. Der Parteitag hat mit Recht in Anerkennung der Süddeutsche Resolution eine präzisere Deklaration erforderlich. Und so wurde dann zunächst die Resolution Frohne mit 217 gegen 160 Stimmen abgelehnt und darauf die Vordereidelsolution mit 238 gegen 110 Stimmen angenommen. Ein Teil der Delegierten, die den süddeutschen Genossen für die Nähe zur sozialdemokratischen Einheitspartei gefallen waren, die sie in der Resolution Frohne gefunden zu haben glaubten, kame nach Abstimmung dieser um so eher für die Resolution des Parteivorstandes stimmen, als der Sollreferent Ebert ausdrücklich erklärt hatte, daß mit dem Ausschluß der Süddeutsche Resolution beabsichtigt sei.

So sehr die Parteigenossen Norddeutschlands geneigt sind, der Eigenart Süddeutschlands jede Rücksicht angedeihen zu lassen, so darf dies nicht so weit gehen, daß man zufrieden, wenn sie im Begriffe sind, Edikt zu begeben, die verderblichen Konsequenzen nach sich ziehen. Der Parteitag durfte um so weniger davon absieben, als das Stellvertretung in diesem Falle geheißen hätte, daß er jene süddeutschen Genossen bestimmt, die den Standpunkt der großen Mehrheit der Gesamtpartei teilen. Es mußte für Einheitlichkeit der Taktik endlich auch deshalb sorgen, weil die süddeutschen Regierungen mit den norddeutschen sozialdemokratischen sind. Der geschlossene Front drücken müssen wir eine geschlossene Front herüber entgegenziehen, und je gefährlicher und stärker der Feind, desto notwendiger ist die unbedingte Geschlossenheit auf unserer Seite.

Die liberale Augsburger Abendzeitung leistet hier in ihrer Nummer vom 19. September in einer Wahlberichtung über die Ludwigshafener Wahl eine Versteckung der Sozialdemokratie und deren neu gewählten Abgeordneten Genossen Bänder, die wohl bald dem Schatz des Reichstagsverbandes verbleibt werden wird. In dem Artikel heißt es:

Das Amt des ersten Adjunkten (das Binder bekleidet) hat wohl früher unter der bürgerlichen Verwaltung ein Ehrenamt, seitdem jedoch die Sozialdemokratie dieses Ehrenamtes habhaft geworden ist, hat man die Stelle eingetragen, daß der Inhaber das Brotdachen einem anderen überlässt kann. Die wirtschaftliche Macht, welche die Sozialdemokratie auf dem Stadthause heute ausübt, vermag sich in unserer Stadt eine große Menge Rechtsradikaler.

Noch bekannter Muster ist beschuldigt man hier die Sozialdemokratie, daß sie ihren Einfluß auf dem Rathaus so benutzt habe, um einem der übrigen eine auskömmliche Stelle zu verschaffen. Diese Behauptung ist eine niedergeschlagte Zunge! In Wirklichkeit ist der Sachverhalt folgender: Es zum Jahre 1901 wurde der Posten des ersten Adjunkten (sowie wie stellvertretender Bürgermeister) ehrenamtlich besetzt, durch die im Laufe der Zeit sich mehrende Arbeitsbelastung des Adjunkten beschlossen, bestimmte Dienststunden für dieses Amt festzulegen und in das Budget dafür einen Betrag von 2400 M. einzusehen. Für den Untergang traten nicht die Sozialdemokratien, sondern auch die Liberalen und das Zentrum in ihrer Mehrheit ein. Damals verlor der Süddeutsche Binder, sondern ein Wohngärtner im bürgerlichen Partei — namens Gangler — den Posten eines Adjunkten. Erst vier Jahre später — 1905 — wurde Binder zum Adjunkten gewählt. Es ist also eine Lüge, wenn behauptet wird, daß erst vom Moment an der Posten durch einen Sozialdemokraten besetzt wurde, in Stelle eine Dotierung erfuhr. Tatsächlich hat die Sozialdemokratie im Jahre 1901 noch gar nicht an die Belegschaft des Adjunktenpostens durch einen der ihrigen gedacht. Da im Jahre 1908 erfolgte Erhöhung des Bureauostens von 2400 auf 3200 M. gleich auf Antrag des der Liberalen Partei angehörigen Oberbürgermeisters Kraft. Ebenso erfolgten die verdeckte Vorwürfe des Wohlwunsches der wirtschaftlichen Macht, die die Sozialdemokratie auf dem Rathaus ausüben vermag. Wer noch wirtschaftlichen Vorteilen striebt, muß ja von der Sozialdemokratie abstehen, was natürlich auch sehr oft geschieht, ist in einem Falle sogar bei einem Mann, der in Ludwigshafen heute bei den Liberalen eine Rolle spielt.

#### Wegen Soldatenmisshandlung

in zwei Fällen holte sich in Königberg der Leutnant aus dem Sappeerbataillon vom Artillerieregiment vor dem Kriegsgericht zu verantworten. Die Offizierschaft wurde wider Erwarten nicht verurteilt. Der Herr Leutnant hat den Kösler Seiner auf sein militärisches Misshandeln und bestrafzt. Als dieser bei der Regimentsbeschaffung die Fahrten nicht „schnell“ genug machte, kam der Leutnant auf den Kösler zu und ließ ihn mit dem Stock an die Brust. Da im anderen Tage beim Brigadegeneral wiederholte der Leutnant eine ähnliche Strafe die Bekämpfung und gab dem Soldaten einen Ohrstich.

Vor Gericht konnte sich der Leutnant auf die Missbilligung nicht befreien; er habe den Soldaten vielleicht unabsichtlich bestraft. Das Urteil lautete auf nun ein Tag Strafanzeige. Die Kämpfer vertrete hier das Wort „Sklaverei“ nicht für eine Beleidigung.

Bei der Sonntagsarbeits im Handelsgewerbe ist im Reichstag des Innern eine Novelle zur Gewerbeordnung aufgekündigt worden. Die Industrie ist plötzlich überarbeitet werden, um die Arbeitnehmer zu beschäftigen.

1. Der finanzielle Risiko der Steuer: Ursprünglich auf 40 bis 45 Millionen Mark gestützt, im Reichshaushalt 1907/1908 (1. April 1907 bis 31. März 1908) auf 30 Millionen veranschlagt, hat sie mit 17 Millionen erbracht. Für das Finanzjahr 1908/1909 ist sie mit 24 Millionen in den Staat einschließlich, wird aber, nach den Ergebnissen des vorher verfassten Haushaltssatzes (4 Millionen gegen 800 000 M. im Vorjahr, also 17 Millionen weniger) zu verteilen, ferner 14 Millionen werden können.

2. Die Schädigung der Eisenbahnen in manchen Bundesstaaten: Während der Güterverkehr im Jahre 1907 in Untersicht des wirtschaftlichen Nachgangs ein geringlich abgebildet, im Jahre 1908 (1. April 1907 bis 31. März 1908) auf 30 Millionen veranschlagt, hat sie mit 17 Millionen erbracht. Für das Finanzjahr 1908/1909 ist sie mit 24 Millionen in den Staat einschließlich, wird aber, nach den Ergebnissen des vorher verfassten Haushaltssatzes (4 Millionen gegen 800 000 M. im Vorjahr, also 17 Millionen weniger) zu verteilen, ferner 14 Millionen werden können.

3. Die finanzielle Risiko der Steuer: Ursprünglich auf 40 bis 45 Millionen Mark gestützt, im Reichshaushalt 1907/1908 (1. April 1907 bis 31. März 1908) auf 30 Millionen veranschlagt, hat sie mit 17 Millionen erbracht. Für das Finanzjahr 1908/1909 ist sie mit 24 Millionen in den Staat einschließlich, wird aber, nach den Ergebnissen des vorher verfassten Haushaltssatzes (4 Millionen gegen 800 000 M. im Vorjahr, also 17 Millionen weniger) zu verteilen, ferner 14 Millionen werden können.

4. Die finanzielle Risiko der Steuer: Ursprünglich auf 40 bis 45 Millionen Mark gestützt, im Reichshaushalt 1907/1908 (1. April 1907 bis 31. März 1908) auf 30 Millionen veranschlagt, hat sie mit 17 Millionen erbracht. Für das Finanzjahr 1908/1909 ist sie mit 24 Millionen in den Staat einschließlich, wird aber, nach den Ergebnissen des vorher verfassten Haushaltssatzes (4 Millionen gegen 800 000 M. im Vorjahr, also 17 Millionen weniger) zu verteilen, ferner 14 Millionen werden können.

5. Die finanzielle Risiko der Steuer: Ursprünglich auf 40 bis 45 Millionen Mark gestützt, im Reichshaushalt 1907/1908 (1. April 1907 bis 31. März 1908) auf 30 Millionen veranschlagt, hat sie mit 17 Millionen erbracht. Für das Finanzjahr 1908/1909 ist sie mit 24 Millionen in den Staat einschließlich, wird aber, nach den Ergebnissen des vorher verfassten Haushaltssatzes (4 Millionen gegen 800 000 M. im Vorjahr, also 17 Millionen weniger) zu verteilen, ferner 14 Millionen werden können.

6. Die finanzielle Risiko der Steuer: Ursprünglich auf 40 bis 45 Millionen Mark gestützt, im Reichshaushalt 1907/1908 (1. April 1907 bis 31. März 1908) auf 30 Millionen veranschlagt, hat sie mit 17 Millionen erbracht. Für das Finanzjahr 1908/1909 ist sie mit 24 Millionen in den Staat einschließlich, wird aber, nach den Ergebnissen des vorher verfassten Haushaltssatzes (4 Millionen gegen 800 000 M. im Vorjahr, also 17 Millionen weniger) zu verteilen, ferner 14 Millionen werden können.

7. Die finanzielle Risiko der Steuer: Ursprünglich auf 40 bis 45 Millionen Mark gestützt, im Reichshaushalt 1907/1908 (1. April 1907 bis 31. März 1908) auf 30 Millionen veranschlagt, hat sie mit 17 Millionen erbracht. Für das Finanzjahr 1908/1909 ist sie mit 24 Millionen in den Staat einschließlich, wird aber, nach den Ergebnissen des vorher verfassten Haushaltssatzes (4 Millionen gegen 800 000 M. im Vorjahr, also 17 Millionen weniger) zu verteilen, ferner 14 Millionen werden können.

8. Die finanzielle Risiko der Steuer: Ursprünglich auf 40 bis 45 Millionen Mark gestützt, im Reichshaushalt 1907/1908 (1. April 1907 bis 31. März 1908) auf 30 Millionen veranschlagt, hat sie mit 17 Millionen erbracht. Für das Finanzjahr 1908/1909 ist sie mit 24 Millionen in den Staat einschließlich, wird aber, nach den Ergebnissen des vorher verfassten Haushaltssatzes (4 Millionen gegen 800 000 M. im Vorjahr, also 17 Millionen weniger) zu verteilen, ferner 14 Millionen werden können.

9. Die finanzielle Risiko der Steuer: Ursprünglich auf 40 bis 45 Millionen Mark gestützt, im Reichshaushalt 1907/1908 (1. April 1907 bis 31. März 1908) auf 30 Millionen veranschlagt, hat sie mit 17 Millionen erbracht. Für das Finanzjahr 1908/1909 ist sie mit 24 Millionen in den Staat einschließlich, wird aber, nach den Ergebnissen des vorher verfassten Haushaltssatzes (4 Millionen gegen 800 000 M. im Vorjahr, also 17 Millionen weniger) zu verteilen, ferner 14 Millionen werden können.

10. Die finanzielle Risiko der Steuer: Ursprünglich auf 40 bis 45 Millionen Mark gestützt, im Reichshaushalt 1907/1908 (1. April 1907 bis 31. März 1908) auf 30 Millionen veranschlagt, hat sie mit 17 Millionen erbracht. Für das Finanzjahr 1908/1909 ist sie mit 24 Millionen in den Staat einschließlich, wird aber, nach den Ergebnissen des vorher verfassten Haushaltssatzes (4 Millionen gegen 800 000 M. im Vorjahr, also 17 Millionen weniger) zu verteilen, ferner 14 Millionen werden können.

11. Die finanzielle Risiko der Steuer: Ursprünglich auf 40 bis 45 Millionen Mark gestützt, im Reichshaushalt 1907/1908 (1. April 1907 bis 31. März 1908) auf 30 Millionen veranschlagt, hat sie mit 17 Millionen erbracht. Für das Finanzjahr 1908/1909 ist sie mit 24 Millionen in den Staat einschließlich, wird aber, nach den Ergebnissen des vorher verfassten Haushaltssatzes (4 Millionen gegen 800 000 M. im Vorjahr, also 17 Millionen weniger) zu verteilen, ferner 14 Millionen werden können.

12. Die finanzielle Risiko der Steuer: Ursprünglich auf 40 bis 45 Millionen Mark gestützt, im Reichshaushalt 1907/1908 (1. April 1907 bis 31. März 1908) auf 30 Millionen veranschlagt, hat sie mit 17 Millionen erbracht

am 29. dieses Monats anberaumte Verhandlung vor dem Beiratshaus, das auf den 10. November vertagt worden.

**"Niederländer Wettbewerb."** Die Regierungspräsidenten von Düsseldorf, Bochum und Münster haben eine Verfügung erlassen, in der den Sportkästen unterlagt wird, in den großen meistverordneten Tageblättern und solchen Zeitungen, die weit entfernt erscheinen, zu unterstehen. Diese aufsichtige Verordnung des freien Wettbewerbs ist, wie auf dem jüngsten in Dortmund tagenden Rheinisch-Westfälischen Sportfahnenverbandstag mitgeteilt wird, auf einen Antrag des Verbandes des genannten Verbandes zurückzuführen und dürfte auch die übrigen Provinzen ausgedehnt werden, um einem ungeliebten Wettbewerb vorzubeugen.

**Militärische "Verbrechen".** Das Kriegsgericht der vierten kantonalen Division in Würzburg hat 46 zur Arbeitsabteilung des Truppenübungsplatzes in Hammelburg kommandierte Soldaten, die eine gemeinsam unterschriebene Erklärung um gleichzeitige Entlassung mit den Garnisonstruppen aus den kommandierten Generalgerichten hatten, zu drei Wochen Mittellarrest, die beiden "Abföldücker" zu weiteren vier Wochen Mittellarrest verurteilt.

Die heilige "Disziplin" ist wieder einmal gereizt. Eine offizielle Bekanntmachung, die Bankier Wagner, der wegen Unterstülpungen, Urkundenfälschungen und Wechselfälschungen, sowie wegen Betriebsfalschungen in einer hohen Zustandsstrafe verurteilt worden war, wurde nach einer Meldung aus München abgeändert.

Das gesunde deutsche Kindreich. Der Präfekt des Départements Meurthe et Moselle hat die französische Grenze gegen die Einfuhr von Vieh aus Elsaß-Lothringen wegen Gefahr der Einschleppung der Maul- und Klauenseuche gesperrt.

**Meine politischen Nachrichten.** Im Triest verübten Dienstag Abend 200 Soldaten das deutsche Turnvereinshaus zu stürmen. Die Polizei verzerrte sie aber. In Ragusa kam es zu einem Zusammenstoß zwischen polnischen Italienern und Kroaten. Der italienische Turnverein wurde von Kroaten angegriffen. Die Feinde des italienischen Kaiserreichs wurden eingeschlagen. Kroaten bedrohten auch das italienische Konsulat, wurden aber durch Gendarmerie vertrieben. — Meldungen aus Triest: Es bestätigt die Endstellung einer antikommunistischen Verschwörung. Das katholische Blatt Domus fand sich an, bei dem ersten Angriff der Republikaner auf das Königshaus würden die Totale aller republikanischen Blätter gestorben werden. — Der französische Kolonialminister veröffentlichte eine Note, in der mitgeteilt wird, daß die französischen Truppen im oberen Congo eine Bande von 250 Piraten verfolgten und nach heftigem Kampf besiegt. Auf französischer Seite ist nur ein Soldat der Fremdenlegion gefallen. — Auf Peking wird berichtet: Quantität hat dem Thron über die Möglichkeit eines Bündnisses mit Nordamerika Vertrag gehalten. Umfangreiche Beziehungen werden Langsamkeit Anfang Oktober nach Amerika reichen.

## Rusland.

### Titel.

Bulgarien und die Orientbahn.

**Sofia, 28. September.** Eine heimliche Verrechnung, daß die Partei die Befreiung der Orientbahnen auf bulgarischem Gebiete nicht zugebe und nun unverhältnismäßig Rücksicht an die Orientbahnen zu rütteln. Dem heimlichen Vertreter der Orientbahnen, der heute zum erstenmal gegen die Befreiung der Bahnen Einstimmung erhob, sind über keine Verhandlungen der bulgarischen Regierung zugetragen. Sie haben noch keine Unterhandlungen begonnen.

**Die neue Anleihe.**

**König, 28. September.** Die Röhr. Agg. eröffnet aus Konstantinopel, daß die neue türkische Anleihe in Höhe von 3 800 000 Pfund mit einer französischen Gruppe und der Ottomanbank geschlossen sei. Die Ausgabe erfolgt in Konstantinopel, Paris und London. Als Sicherheit für die Anleihe dienen die Lieferzuliffe aus Zollentnahmen in Smyrna und Saloniki. Falls diese nicht genügen, sind auch noch die Generalkliniken des Reiches heranzuziehen. Deutsche Parteien wie auch die Bulgarische Partei hätten sich bereit erklärt, sich an den weiteren Anleihen des Staates zu beteiligen. Die Regierung ist mit der Aufstellung eines vorläufigen Haushaltungsplans für das nächste Haushaltsjahr beschäftigt.

**Konstantinopel, 28. September.** Die Parlamentswahlen werden am 1. Oktober das am Sonnabend beginnende Komazjammarsch beginnen. Anfang nehmen.

**Die persönliche Hoffnung** unternahm gestern neue Schritte gegen die Zurückhaltung der türkischen Truppen vom persischen Gebiete. Der Gesandte versprach, diesem Wunsche nachzukommen. Seinen Planen veröffentlichte das englisch-jungfräuleinische Programm, das die Erhabung der kirchlichen Privilegien, dagegen die Aufhebung des Artikels 118 der Verfassung (Standrecht und Eigentum), fordert.

### Russland.

#### Aus dem Parteileben.

In der letzten Plenarversammlung des Zentralkomitees der sozialdemokratischen Partei Russlands wurde u. a. beschlossen, eine Parteikonferenz einzuberufen, deren provisorische Tagesordnung wie folgt lautet:

1. Bericht des Zentralkomitees der Gesamtpartei und der nationalen Zentralkomitees.
2. Die jetzige Lage und die Aufgaben der Partei.
3. Die sozialdemokratische Dumafraktion.
4. Verteilung und Organisationsfragen in Verbindung mit den verdeckten politischen Verhältnissen.
5. Die Frage der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Bewegung.
6. Die Frage der Einberufung des Parteikongresses.

**Helsingfors, 28. September.** Während des Manövers in der Nähe von Lempäälä wurde heute der Oberst Reissi, Bataillonskommandeur, von einer Kugel tödlich getroffen. Die Untersuchung ist eingeleitet.

### Marocco.

**Die französisch-spanische Note.**

Über die Aufnahme und den Inhalt der deutschen Antwort auf die französisch-spanische Marocnote in Frankreich liegen folgende Meldungen vor:

**Paris, 28. September.** Der Temps schreibt zu der deutschen Antwort auf die französisch-spanische Note: Man glaubt, es werde nicht unmöglich sein, den Boden für eine Verständigung zu finden, da die französische Regierung durchaus bereit sei, die Mittel zur Verwirklichung dieser Verständigung zu suchen.

**Paris, 28. September.** Gestützt auf eine Dokumentnote, nach der aus dem Text und dem Briefe der deutschen Note der Wunsch nach Verständigung herauszuführen sei, führt Petillat diesen aus, daß man über die Meinungsunterschiedenheiten, die eigentlich nur das Verhältnis Frankreichs zu Marocco betreffen, doch höchstlich nicht unzufrieden werden werde. Die Hauptfrage sei, daß Deutschland die französisch-spanische Note als Grundlage unter den gegenwärtigen Umständen zweckdienlichen Maroccopolit anerkenne. Das Blatt glaubt nicht, daß außer zwei Punkten: Ausgang eines von Deutschland glosiert worden sei,

Der Matin meint, über alles, was die Algeciras-Note betrifft, aber nur darüber, wolle Frankreich mit Deutschland verhandeln, insbesondere wolle es wegen der Forderung, daß möglicher heiligen Krieg öffentlich mißbilligen, großes Entgegenkommen zeigen, doch hätten Frankreich und sein Nachbar vorerst vollauf Beweise dafür zu liefern, daß Ausführungen der Spanier nicht gebuhlt würden. Von der Haltung des Nachen hängt weiter ab, wann der leichte französische Soldat Casablanca verlassen solle. Die Entschädigungsfrage zu lösen, dazu bedürfen, meint der Matin, die Regierung und das Parlament Frankreichs seiner fremden Ratschläge; diese Angelegenheit werde der Wille und Souveränität Frankreichs entsprechen zu regeln sein.

**Paris, 28. September.** Nach einer Meldung aus Casablanca bauert die Anwerbung von Marokkanern zur Bildung von zunächst großem Verbande nach französischem Muster für die flämische Garnison Casablanca und der Befreiung bis Schott fort. Nach französischer Ansicht handelt es sich hierbei nur um Anwendung der Bestimmungen der Reformpolizei.

### Perfum.

**London, 28. September.** Wie ein lokales Blatt aus Tahiti berichtet, haben die Nationalisten wieder ein Schreiben an die fremden Geschäftsführer in Teheran gerichtet, in dem sie darauf hinweisen, die einzige Lösung der gegenwärtigen Lage liegt für den Schal darin, neue, unbeeinflußte Wahlen vornehmen zu lassen. Der Umstand, daß der Schal der russisch-brasilianischen Note sich nicht willkfäig gezeigt habe, ist hier vielfach erörtert worden, hauptsächlich auf Kosten der längsten englischen Politik. Seitens benachrichtigte Ahdin erläutert die Nationalisten, die Annot der Schal auf ihr Telegramm wäre der Befehl an Sisarbar, die Stadt zu unterwerfen. Daher gebe er den Endkommun 48 Stunden Zeit, um die Forderung des Schals nach Übergabe und Auslieferung der vier Abelschäfer anzunehmen.

**Teheran, 28. September. (V. T.)** Gestern haben zahlreiche, angeblich 600 Verhaftungen stattgefunden, darunter die eines persischen Offiziers, der mehrere Tage hindurch auf der Kriegsschule in Konstantinopel gewesen war. Er hat Reformen nach dem Muster der jungtürkischen einführen wollen. Belastendes Material gegen ihn ist vorgefundenes worden. Er wurde zum Tode verurteilt, jedoch zu Lebenshaft verurteilt.

### Amerika.

**Ein Vorfall Roosevelt.**

**Rehovot, 28. September.** Präsident Roosevelt hat in einem Schreiben den Schatzmeister des Demokratischen Nationalkomitees, Charles Haskell, beschuldigt, er stehe im Dienste der Standard Oil Company und habe den Generalstaatsanwalt Monnett, Ohio, durch Bekämpfung zu bewegen versucht, die gerichtliche Verfolgung des Oelkarts einzustellen. Auf diese Erklärung hat jetzt der demokratische Präsidentschaftskandidat Bryan durch ein Telegramm Roosevelt aufgefordert, die Aufklärung, die einen heftigen Angriff gegen die demokratische Partei und gegen ihn, Bryan, selbst darstellt, zu beweisen. Gelingt ihm dieser Nachweis, so soll Haskell sofort von seiner Verantwortung entlastet werden.

### Parteianangelehenheiten.

**Stellungnahme zu den Beschlüssen des Nürnberger Parteitages.**

**Stuttgart, 28. September.** Eine Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins Stuttgart beschäftigte sich gestern abend mit dem Parteitag in Nürnberg. Eine Resolution, welche die Erklärungen der südbayerischen Delegierten im Bundestag gut hielt, wurde abgelehnt. Die Versammlung erklärte sich mit dem Beschuß des Parteitages einverstanden.

**Genua Südkreis** erklärt in der französischen Tagespost, wenn er an der Abstimmung des Parteitages über die Budgetfrage hätte teilnehmen können, so würde er gegen die Hochstandsresolution gestimmt haben. Die Erklärung der 65 süddeutschen Delegierten unterschreibt auch er.

### Vom italienischen Parteitag.

**Mailand, 28. September.** Der hier tagende Sozialistischen Kongress nahm gestern abend nach lebhafter Debatte eine Tagessordnung an, in der die Einheit zwischen den Reformisten und den revolutionären Syndikalisten verurteilt wird, die gleichen der Generalstreik als normales Kampfmittel. Die Tagessordnung lehnt jede negative Aktion ab, beklagt die fortlaufende Opposition und erklärt, daß es keineswegs mit den sozialistischen Prinzipien und Methoden im Widerspruch steht, positive Arbeit zu leisten, um zu verhindern, vorstellige Reformen für den Proletariat zu erlangen. Weiter befürwortet die Tagessordnung die Bekämpfung sozialistischer Geiste, die Ausweitung der sozialen Prinzipien, die Abschaffung der Steuer auf Getreide, die Erlangung des allgemeinen, gleichen Sozialrechts und die Herabsetzung der Dauer der Militärgesetz. Die Abstimmung vollzog sich unter tumult in 2½ Stunde.

### Neues aus aller Welt.

**Berlin, 28. September.** Gestern nach Röben Gedankenkreisbrecher auf dem Grundstück des Metallwarenfabrikanten Scherzer in der Kronenburger Straße 6000 M., darunter 4200 M. Kirchengelder.

**Berlin, 28. September.** Die bacteriologische Untersuchung des Krankenhauses der im Bischöflichen Staatsrat Grigolevsky hat nunmehr im Gegensatz zu den Beobachtungen anderer Ärzte mit gleicher Schnelligkeit ergeben, daß es sich nicht um Cholera asiatica handelt. Frau Grigolevsky habe heutige Nacht gut verbracht. Die Nachricht, daß auch ein Kellner und ein Haushälter des Hotels zur Beobachtung dem Bischöflichen Krankenhaus gebracht worden seien, entspricht nicht den Tatsachen.

**Berlin, 28. September.** In Moabit war heute früh das Gericht von einem Cholerafall verbreitet. Es ließ sich heraus, daß ein Arzt bei Börsenfeier beschäftigter polnischer Arbeiter zu Kuhn erkrankt ist.

**Stettin, 28. September.** Auf Anordnung des Kreisgerichts wurde gestern ein Mahnschiff vom Kommissar Wollens aus Döllnitz als Quarantäne in die Infektionsabteilung des Bischöflichen Krankenhauses aufgenommen. Die bacteriologische Untersuchung hat keinen Anhalt dafür ergeben, daß Cholera vorliegt, vielleicht scheint es sich um eine unerhebliche Darminfektion zu handeln.

**Magdeburg, 28. September.** Mit dem vom Ingenieur Grafe erbauten Dreiflügelanflieger landen gestern die ersten Berliner im Freien dort. Die Bruchbretter des Apparates erwies sich.

**Leipziger, 28. September.** Mit diesen Bruchbrettern im Freien dienten. Er verzögerte kurze Zeit davon. Der Täter ist noch nicht ermittelt worden.

**Düsseldorf, 28. September.** Hier wurden heute die Arbeitnehmer Müller und Weigang festgenommen. Sie stehen im Verdacht, dieser Tag die im Kaiser-Wilhelm-Park vor aufgefundenen Frau Wilberg ermordet zu haben.

**Köln, 28. September.** Zu dem großen Grabenangriff auf der Hochstraße bei Herren wird gemeldet, daß die Katastrophen auf ein Verbrechen zurückzuführen ist, und daß die Staatsanwaltschaft eine Untersuchung in dieser Richtung eingeleitet hat. Wie weiter aus Sittard gemeldet wird, sind dort drei Verbrechte, die im Verdacht stehen, daß England absichtlich herbeigeführt zu haben, verhaftet worden. Die Direktion der Polizei erklärt hierzu, daß ihr hieran nichts bekannt sei.

**Darmstadt, 28. September.** In der vergangenen Nacht wurden durch Kriegsgerichtsrat Koch in der Kaserne des Dragonerregiments Nr. 23 die beiden Dragoner Jonsch und Krebsel von der 5. Eskadron verhaftet, weil sie überführt sind, Briefe des in Untersuchungshaft befindlichen Sergeanten Reinweber, der die Patrounen bischäfle in Worms beginnt, an seine Freunde zu haben.

**Nürnberg, 28. September.** Während des Manövers stiegte bei Weizenhofen der Geschwader eines Chevauleger-Regiments um, wo ein Soldat getötet wurde.

**München, 28. September.** Einem aus Tirol in München eingetroffenen Bischöflichen wurden auf dem Münchner Hauptbahnhof 27 000 Kronen im Gehänge aus der Tasche gestohlen.

**München, 28. September.** Die von einem bissigen Abendblatt verbreitete Meldung von einem Cholerafall in München entdeckt nach sofort an amtlicher Stelle eingesogenen Informationen ist falsch.

### Gerichtszeitung.

#### Geschworenengericht.

**Einführung** aus dem Gegenwartsklasse enthielt eine Verhandlung gegen die 20 Jahre alte Arbeitervrouw Marie Blenda. Die Angeklagte kann nicht deutsch sprechen. Sie ist eine sogenannte Schönengängerin aus Böhmen in Russisch-Polen. Ihren Geburtsnamen vermag sie nicht anzugeben; auch besucht sie keine Schule und kann nur ganz wenig lesen, während sie vom Schreiben und Schreiben keine Ahnung hat. Sie ist jetzt das zweite Jahr in Deutschland. Ihre Eltern sind längst tot, Verwandte hat sie nicht. Seit ihrem gebürtigen Lebensjahr ist sie unter fremden Leuten. Die polnischen Mütter erzählen ihr, daß in Deutschland Geld verdient würde. Sie liebt sich deshalb überreden, auszumachen. Nachdem sie im Schlossbrauhaus und in Görzig gearbeitet hatte, kam sie als landwirtschaftliche Arbeiterin nach Trebisch. Dort befand sich eine ganze Siedlung polnischer Arbeiter, die in einer Kaserne etwa 200 Männer von der Elbe entfernt untergebracht waren. Unter der Kaserne, der sie angehörte, befand sich schon in Görzig ein junger polnischer Arbeiter, den sie nur mit dem Vornamen Józeph kennt. Dieser war der einzige, mit dem sie sich eingelassen hatte, und er kommt als Schwager in Frage. Sie behauptet, von den Folgen des Geschworenengerichts etwas wenig gewußt zu haben, wie von ihrer Schwangerschaft. Später habe sie die Schwester des Józeph militärisch, daß sie schwanger sei und ein Kind bekommen werde. Józeph verschwand darauf spurlos. Am 19. Mai wurde sie vermisst. Die Aufsucherbesetzung suchte sie vergeblich in den Wohnräumen der Kaserne. Sie ging nach der Elbe zu und sah sie am Ufer vor einem Strand liegen, wo sie von ihrer Niederkunft überrascht worden war. Als die Frau auf 20 Schritte heran kam, sprang die Angeklagte plötzlich auf, ging in die Elbe und warf einen Gegenstand, den sie vor sich hergetragen hatte, in das Wasser. Sie ließ dann weiter in das Wasser, schwamm aber gleich wieder zurück und wusch sich. Nach einer Stunde fand sie sich in der Kaserne wieder ein. Der herbeigefeuerte Arzt vollendete die Entbindung. Das Kind wurde am 22. Mai in der Elbe gefunden. Nach Aufsuchung habe die Angeklagte nach dem Geburtshelfer in einem Juwelenhain mit dem Schweißtäufchen über den Geburtsstiel gekämpft. Der Bezirksschulrat von Trebisch habe die Angeklagte nach dem Geburtshelfer in einem Juwelenhain mit dem Schweißtäufchen über den Geburtsstiel verurteilt. Danach müsse das Kind gelebt haben. Der Sachverständige Dr. Butter hat die Angeklagte auf ihren gestigten und späteren Geburtsstiel untersucht. Danach war sie nie frisch und hat auch keine Spur französischer Vererbung. Sie sei jedoch sehr ungebildet und wenig fähig. Es sei nicht von der Hand zu weisen, daß sie von dem lebenden Zustand des Kindes nichts gewußt habe. Die Angeklagte bleibt dabei stehen, sie wisse von dem ganzen Vorgang nichts, sie hätte das Kind auch nicht weinen hören.

Der Staatsanwalt plädiert für die Bejakobung der Schulfrage auf vorläufige Entlastung, während der Verteidiger betont, daß die Angeklagte bei ihrer Veranlagung gar nicht fähig war, einen so komplizierten Geburtsvorgang zu kontrizieren, wie man von ihr verlangt. Er bittet um Verurteilung des Schuldrugs. Die Geschworenen liehen noch eine weitere Schulfrage wegen jugendlicher Tötung aufnehmen, verneinten aber fälschlich beide Schuldrugs. Das Gericht mußte demnach auf Freispruch erkennen.

#### Dresdner Polizeibericht vom 24. September.

Zu der Nachricht vom 24. des Monats sind unbekannte Einbrecher vermutlich halbwüchsige Burden — nach Berichtern der Schuhfutterfirma in einem Bäckereladen in Dresden-Neustadt eingedrungen und haben einiges Bargeld, sowie ein großes Quantum Schuhlaube und Gebäck erlangt.

Um einen herunterzuholen, letztere gestern nachmittag gegen 6 Uhr ein 12jähriger Knabe in der Bäckerei Raubitsch an einem Zeitungsaufsteller. Oben angelangt, berührte er die Zeitungsrücke, führte kurzlich herbei und klügte, von einem starken elektrischen Schlag befreit, aus einer Höhe von 8 Metern herab. Der Kleine hatte eine Hemdkappe und am rechten Oberarmen je eine handtellergroße, blau angetönte Fleißwunde, eine knöpfelähnliche Körperöffnung und wurde mittels Krankenwagen in das Friedrich-Wilhelms-Krankenhaus übergeführt.

**Wetterprognose des Sächs. Meteorologischen Instituts zu Dresden für den 25. September 1908:**

**Wachsende Luftfeuchtigkeit; Zunahme der Verdunstung im Westen; Temperatur nicht erheblich geändert.**

**Wetterbericht von der Wetterstation an der Augustusbrücke am 24. September, mittags 12 Uhr:**

**Barometer: 766. Veränderlich**

**Thermometer: +17° R.**

**Th**

# Zentralverband der Maurer Deutschl. Einzelmitglieder Dresdens.

## Fliesenleger Aufforderung!

Der Verein der Fliesenleger für Dresden und Umgegend lehnte es ab, dem Beschluss der hier vom 8. bis 10. März tagenden Konferenz der Fliesenleger Deutschlands, in den Verband der Maurer überzutreten, nachzukommen.

Wir fordern nun alle Fliesenleger auf, die gewillt sind, in den Verband der Maurer überzutreten, sich bis zum 15. Oktober in unserm Bureau, Niemannstraße 2, 2., zu melden, damit die Bildung einer Sektion der Fliesenleger vorgenommen werden kann.

Allen Fliesenlegern, die sich bis 15. Oktober zum Uebertritt melden, wird die Mitgliedschaft in ihrer bisherigen Organisation angerechnet.

Für den Zentralverband der Maurer Deutschlands

J. A. H. Bürger.

## 4. Kreis. Bezirk Dresden-Neust.

Morgen Freitag den 25. September, abends 9 Uhr

### Mitglieder-Versammlung

in den SAXONIA-SÄLEN, Kleinfurstraße 28.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag vom angekündigten Zeitpunkt über
2. Vorstandsbereicht. — 3. Vereinsangelegenheiten.

Zu jedem Punkt Debatte.

- Das Mitgliedbuch ist am Eingang des Saales vorzugeben. —  
Zahltreuer Belohnung erwartet

Die Bezirksverwaltung.

## 4. Wahlkreis.

### Bezirk Mickten, Uebigau, Trachau und Kaditz.

Sonnabend den 26. September, abends 9 Uhr

### Vereins-Versammlung

im Saale des Feldschlößchen, Radebeul.

Tages-Ordnung:

1. Zweiter Vortrag über Parteiprogramm: Die Sozialdemokratie und die bürgerliche Gesellschaft
2. Vereinsangelegenheiten. — Debatte.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Genossen ist Pflicht.

Die Verwaltung.

### Sozialdemokratischer Verein für den 6. lächischen Reichstagswahlkreis.

Vereins-Sekretariat: Elisenstrasse 10, Dresden, Postleitzahl 770, Telefon: Amalienstr. Nr. 774.

Wahltag: Dienstag den 2. Oktober 1908 um 9 Uhr und 3 bis 6 Uhr. Montag den 7. Oktober abends.

## Gruppe Cotta.

Sonntag den 27. September Besichtigung der Dukerrohr-Anlagen. Treffpunkt: Samstag 9 Uhr Flügelweg-Schuhfabrik. Teilnehmerkarten (unentgeltlich) sind gegen Vorlage des Mitgliedsbuches zu entnehmen bei den Gebrüdern W. Weißbauer, Gottlieb-Keller-Straße 6; R. Bär, Grünauerstraße 12; R. Hanke, Kronprinzenstraße 11; W. Bäckert, Hörnigstraße, Ecke Gottfried-Kellerstraße, und R. Wehling, Weinhäuselstraße 40, 2.

## Verband d. Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Filiale Dresden.

Sonnabend den 26. September, abends 8½, Uhr

im großen Saale des Volkshauses, Niemannstraße.

### Öffentliche Versammlung

für alle städt. Arbeiter Dresdens.

Tages-Ordnung:

1. Die Arbeiterpolitik der deutschen Stadtverwaltungen

Referent: Kollege O. Riedel, Berlin.

Bericht über den Stand der Lohnbewegung und Stellungnahme zur Verhaftung von Winterarbeit. 2. Gewerkschaftliche Angelegenheiten.

Gewöhnliche Arbeit. Die Tagessordnung ist äußerst wichtig. Sorgt

dafür, daß glänzendes Belust der Verhandlung. Der Filialvorstand.

## Stenographie!

Untere neuen Anfänger-Kurse für Damen und Herren beginnen wieder.

Sonntag den 27. September 1908 | Dresden: Volkshaus

Restaurant Sonne, Striesen

vorm. 10,11 Uhr | Mück's Restaurant, Neustadt

Rest. Augusta-Bad, Leuben

Mittwoch den 29. September, abends 8 Uhr | Rödert, Radebeul

Jorkhaus, Radebeul.

Unterricht und Lehrmittel 1.50 M.

Zahlreiche Beteiligung steht entgegen.

Deutscher Arbeiter-Stenographen-Verein, Dresden.

Curt Wilkerlings Nachfolger, Joh. Richard Kröhl

Rabenstraße 2 | Volksermöbelfabrik, Rabenstraße 2

liefert Tischler- und Volksermöbel, ganze Ausstattungen, Stahl- und

Giebelmöbel. Auch auf Zeichnung.

## Fr. Turnerschaft

Klotzsche.

Freitag den 25. September

### Rekruten - Abschied.

Anfang 7 Uhr.

Der Turnrat.

## Freie Turnerschaft

Potschappel u. Umg.

Freitag den 25. September im Gasthof

zum Deutschen Haus, Potschappel

Familienabend mit Tanz

nur für Mitglieder u. deren Angehörige.

Anfang 8 Uhr. Sohle. Beteiligung d.

Mitgl. u. Angeh. wünsche d. Turnrat.

Es gilt unter Rechte zu haben!

Der Einberufer.

## E. Schurigs Restaurant

14 Stiftstraße 14.

### Grosser Mittagstisch.

Freitag: Schlachtfest.

Verkehrs-Lokal der Modellbauhalle.

10. Sept. 1908, 12. Sept. 1908.

Otto Friedel u. Frau.

## Dachdecker-Versammlung

Sonnabend den 26. September, abends 9 Uhr

in Koste's Gasthaus, Heubergweg 11.

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme zu dem Beschluss d. Arbeitgeberverbands

in der außerordentl. Generalversammlung am 13. Sept.

2. Verbands-Angelegenheiten. — In jedem Punkt Debatte.

Kollegen, erscheint in Rössen! Haben wir keine Stimme dabei?

Der Einberufer.

## Baubörse Mickten.

Empfehlung meine Lokalitäten einer getreuen Gastst.

Vereinskammer noch einige Tage frei. Mit Altvolt-Restaurant

Hochzeitstag 1. Männer.

Gasthof Sporbitz. Auftreten d. bei Weber-Sänger.

Sonnabend den 26. September

11. Sept. 1908, 12. Sept. 1908.

Es haben ergebnis ein

Wochenende Schlagfest.

treffen wir uns? Im Zelt

Spielehaus u. Brauhaus

Local 1. Schlafgute?

Da ist's gemütlich

Um gut Koch.

Wochenende Schlafgute?

Im Zelt

treffen wir uns? Im Zelt

Spielehaus u. Brauhaus

Local 1. Schlafgute?

Da ist's gemütlich

Um gut Koch.

Wochenende Schlafgute?

Im Zelt

treffen wir uns? Im Zelt

Spielehaus u. Brauhaus

Local 1. Schlafgute?

Da ist's gemütlich

Um gut Koch.

Wochenende Schlafgute?

Im Zelt

treffen wir uns? Im Zelt

Spielehaus u. Brauhaus

Local 1. Schlafgute?

Da ist's gemütlich

Um gut Koch.

Wochenende Schlafgute?

Im Zelt

treffen wir uns? Im Zelt

Spielehaus u. Brauhaus

Local 1. Schlafgute?

Da ist's gemütlich

Um gut Koch.

Wochenende Schlafgute?

Im Zelt

treffen wir uns? Im Zelt

Spielehaus u. Brauhaus

Local 1. Schlafgute?

Da ist's gemütlich

Um gut Koch.

Wochenende Schlafgute?

Im Zelt

treffen wir uns? Im Zelt

Spielehaus u. Brauhaus

Local 1. Schlafgute?

Da ist's gemütlich

Um gut Koch.

Wochenende Schlafgute?

Im Zelt

treffen wir uns? Im Zelt

Spielehaus u. Brauhaus

Local 1. Schlafgute?

Da ist's gemütlich

Um gut Koch.

Wochenende Schlafgute?

Im Zelt

treffen wir uns? Im Zelt

Spielehaus u. Brauhaus

Local 1. Schlafgute?

Da ist's gemütlich

Um gut Koch.

Wochenende Schlafgute?

Im Zelt

treffen wir uns? Im Zelt

Spielehaus u. Brauhaus

Local 1. Schlafgute?

Da ist's gemütlich

Um gut Koch.

Wochenende Schlafgute?

# 1. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 222.

Dresden, Donnerstag den 24. September 1908.

19. Jahrgang.

## Sächsische Angelegenheiten.

Wahlrechtseinde am der Arbeit.

In Mittweida beschäftigten sich die Stadtverordneten ihrer letzten Sitzung mit einer Eingabe des dortigen "Bürgervereins" auf Abänderung des bisher bestehenden allgemeinen, gleichen, geheimen und freien Stadtverordnetenwahlrechts. Die Debatte gab jedoch, doch hierfür wenig Meinung herrschte, und die vom Rat für beachtlich angesehene Anregung wurde gegen Stimmen abgelehnt.

Die Wahlrechtberichter werden sich dadurch nicht abhalten können, neue Anläufe zu nehmen. Wenn sich irgendwann die Arbeiter auch an den Stadtverordnetenwahlen zu Mittweida beteiligen, sind man schließlich die Absichten der Bürgervereinler noch beachter finden und sie gern erhören. Ein Dreiklassenwahlsystem oder etwas ähnliches würde dann das Resultat der vollständigen Wählerrechte sein.

Auch in Frankenberg, wo eine ähnliche Eingabe der Nationalen ebenfalls zunächst scheiterte, werden wahrscheinlich Blöme weiter erwogen. Dort handelt es sich zunächst um Verlängerung der Amtsbaute für die Stadtverordneten von drei auf sechs Jahre, wodurch erreicht würde, dass die Bürger nur über zwei Jahre vom Wahlrecht Gebrauch machen können. Das erstmal sond die Eingabe trog der Unterstüzung durch den Rat keine genügende Unterstützung bei den Stadtverordneten. Dass mit die Sache noch nicht erledigt ist zeigt folgende Mitteilung der bürgerlichen Presse aus Frankenberg: „Nachdem eine Reihe von bürgerlichen Vereinigungen und einer sozialdemokratischen Volksversammlung gegen die vom Rat beabsichtigte Abänderung des Stadtverordnetenwahlrechts protestiert haben, war man in der Bürgerschaft der Ansicht, dass der Rat im Hablaß auf die ablehnende Haltung in der Wählerschaft seine Vorlage zurückziehen würde. Dem ist jedoch nicht so. Die Ratsvorlage steht vielmehr wieder auf der Tagesordnung der am kommenden Donnerstag abend stattfindenden öffentlichen Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums, das sich eigentlich über seine Stellungnahme in einer am 18. September gehaltenen geheimen Vorbesprechung schloss.“

Im geheimen hat man die Stadtverordnetenmehrheit besetzt und sicher auch breitgeschlagen. Denn wenn der Rat seinerseits nicht sicher wäre, brächte er die Vorlage jetzt nicht wieder abgeschlossen ist übrigens nicht, dass man es nicht mit der Verlängerung der Wahlperioden bewenden lässt, sondern noch andere Wahlfähigkeitsuntergebunden verwirklichen will.

Es versteht sich wohl von selbst, dass unsere Genossen solche Blöme der Reaktion mit allen Mitteln und aller Mühseligkeit bekämpfen müssen.

### Eine Parteisammlung

Leipziger Genossen beschäftigte sich am Dienstag mit dem Nürnberger Parteidate. Sie vertraten die Beschlüsse des Parteidates, sie vertraten die Beschlüsse des Parteidates. In den Verhandlungen wollen wir nur die Ausschlüsse einiger Männer über die Erklärung der süddeutschen Genossen hervorheben. Diese Seger führte aus: Die Vorstandserlösung wurde mit 8 gegen 119 Stimmen angenommen. Nun haben aber die süddeutschen Genossen eine Erklärung abgegeben, die verschiedentlich gedeutet werden kann. (Grenz: Das sind die Ausschlüsse von rechts!) Diese Erklärung ist fälschlich zu protokolliert worden. (Grenz: Außer Friedel) Innerhalb der Partei da gilt es fühl zu erwägen. Auch muss man doch sagen, ob eine solche Erklärung noch keine Tat ist. Es ist leicht, schon Schlässe zu ziehen. Ob man aber der Partei damit einen Dienst tut, ist eine andere Frage. Für mich steht die Frage so, ob die Süddeutschen noch darin kommen werden, dass die Klassenpolitik die einzige richtige ist.

Genosse Grenz hält die Erklärung für eine offene Kriegserklärung. Im Übrigen sprach sich dieser Redner außerhalb und provozierend gegen den sogenannten Revolutionismus aus, die Partei hätte sich in Nürnberg so von ihm trennen sollen, wie sie vor 40 Jahren vom Bürgertum getrennt habe. Der Leipziger Polizeigefängnis macht er den Vorwurf, noch nicht schriftl. gelling gegen die Erklärung der Süddeutschen zu Felde gegangen zu sein. Darauf erwidert Genosse Dr. Bensch: Über den Sinn der Erklärung sei man sich in Stuttgart seltsam so einig gewesen, ob sich die organisierten Parteigenossen hinter die 66 Dolaranten stellen würden. Auf einige erregte Worte in einigen süddeutschen Parteiblättern jetzt sofort wieder mit aller Behemenz vom Redner zu ziehen, nachdem schon erst der Parteidate den Neukonsilien eine neue schwere Kieberlage bereitet, halte er für falsch. Erst dann man in Ruhe abwägen, ob diesen Worten auch Taten folgen würden. (Austimmung.)

Genosse Lipinski meinte: Die Sächsische Erklärung könne man als eine Rückzugskanonade ansehen, man müsse warten, was nun werde. Eine Resolution lag nicht vor, doch wurde darüber abgestimmt, ob sich die Versammlung mit den Beschlüssen des Nürnberger Parteidates einverstanden erkläre. Zustimmung erfolgte die Zustimmung.

### Ein bemerkenswerter Abgang.

Der Präsident der sächsischen Oberrechnungskammer, Louis Müller, wird demnächst aus Gesundheitsgründen in den Ruhestand treten. Als Termin des Rücktritts ist der 1. Januar 1909 in Aussicht genommen.

Dieser Rücktritt ist wohl die Folge der Differenzen, die sich während des letzten Landtags zwischen der Freien Kammer und der Oberrechnungskammer ergaben. Es wurde damals vom Oberbürgermeister Seil modifiziert, dass eine vergleichende Aufstellung der Oberrechnungskammer über die Ausgaben und die benötigten Summen unrichtig war. Der Finanzminister schloss sich dieser Kritik an und kritisierte das Verfahren der Oberrechnungskammer schrift. Später versuchte man, die Sache dahin zu zuspätkommen, dass man nicht eine zusammenfassende Aufstellung, sondern nur Angaben über einzelne Ausgabearten habe machen wollen. Der Finanzminister erklärte aber trotzdem, er habe keine Veranlassung, von seiner Kritik etwas zurückzunehmen.

Der Präsident der Oberrechnungskammer, den die Kritik in erster Linie treffen musste, scheint von alledem - Gesundheitsgründen bestimmt zu haben. Wie dem auch sei, jedenfalls spricht vieles dafür, dass sein jetziger Abgang mit den erwähnten Vorcommunissen im Zusammenhang steht.

### Schwankende Gestalten.

Im Kreisjungenverein zu Zwönitz hielt kürzlich der bekannte Schuldirektor Schmidt aus Dresden einen Vortrag über politische Themen. Dabei stellte er auch die Frage einer liberalen Vereinigung. Dazu hat der Redner nach dem Berichte des Zwönitzer Tageblattes u. a. auch folgendes ausgesprochen: Die Vereinigung aller Linksliberalen zu einer Partei sei ein schöner Traum, der aber besser vorläufig nicht verwirklicht werde, „weil die drei Linksliberale Fraktionen doch nicht so zusammen passen, dass sie eine Partei bilden könnten. Auf keinen Fall dürften die Nationalliberalen mit hineingenommen werden wegen ihrer Unzuverlässigkeit.“ Überhaupt die sächsischen Nationalliberalen! Redner erwartete das an dem Beispiel dreier sächsischer nationalliberalen Landtagsabgeordneten, der Herren Langhammer-Chemnitz, Lieber-Hallenstein und Bauer-Aue, welche sich früher stets als freisinnig bezeichnet hätten, aber ihres Landtagsmandats wegen sich zum Nationalliberalismus geschlagen hätten. Abg. Langhammer habe zu ihm Redner, selber gesagt, wenn er in Chemnitz nicht als Nationalliberaler gewählt würde, wolle er sich in Annaberg als Freisinniger aufstellen lassen.

Das sind ja Entwicklungen so blamabler Art für die Ge-nannten, dass ihre Rolle in jeder einschätzbar zu nehmenden Partei ausgespielt sein würde. Aber freilich in der Fraktion Drehselbe kann man solche Weiterschauen ja gebrauchen. Das Drehen und Wenden, den politischen Eiertanz, müssen die Männer vor allem kennen, die hinter Schill und Schick hertröcken wollen.

### Zur Rormarsch.

Aus Willau wird dem Sächsischen Volksblatt unter anderem geschrieben: Trotz der vom 1. Juli ab in Kraft getretenen Steuererhöhung auf wöchentlich 10 Pf. innerhalb unserer politischen Organisation macht dieselbe erfreuliche Fortschritte. Anstatt des von vorherzusehen außerordentlich befürchteten Rückgangs von Mitgliedern ist eine ständige Zunahme zu verzeichnen, die ständig betriebene Agitation hat danach reichliche Früchte getragen.

Also es geht auch mit dem Gehyppenbeitrag in erfreulicher Weise voran. Die Befürchtungen wegen Mitgliederrückgangs usw. haben sich nicht erfüllt. Das ist den Genossen, die sich bisher noch geweckt haben, den Beifall der Landeskongressen bezüglich der Beiträge zu erfüllen, so schon längst gelangt worden. Hoffentlich lassen nun auch die leichten Zwecksteller ihre Bedenken fallen.

### Zur Nachahmung empfohlen.

Seit Einführung des neuen Deutschen Eisenbahn-Personen-Tarifs und der Fahrkartentaxe ist die Abwanderung der Eisenbahn in niedere und billigere Wagenklassen in einer Weise eingetreten, die niemand erwartet hätte. Sie ist, das steht nun mal allein Erfahrung fest, keine nur vorübergehende Erscheinung; man hat sich die Schen vor 4. Klasse in weiten Kreisen abgewöhnt. Von der preußischen Staatsbahndirektion zieht man nun, wie erwartet wurde, die Konsequenz hieraus und lässt im Winterfahrplan bei einer großen Anzahl von Personenzügen auf mehreren Linien sogar bei allen Zügen, die 1. Wagenklasse wegfallen. Und, wenn nicht alles trügt, wird bei einer bedeutenden Zahl von Personenzügen in absehbarer Zeit auch die 2. Klasse ein gleiches Schicksal finden, wenn deren Benutzung sich nicht halten wird.

Der sächsischen Staatsbahn kann nur empfohlen werden, auch zu versuchen, auf diese Weise Ersparnisse zu machen. Bei uns fängt man aber immer am verfehlten Ende an.

Leipzig. Stadtrat Ludwig-Wolf, der Vater des Wahlrechtsbrauchs, hat um seine Pensionierung für Ende dieses Jahres nachgesucht. Der Rat hat das Gesuch genehmigt. Doch Ludwig-Wolf nur deshalb geht, weil er nicht Oberbürgermeister geworden ist, das ist die Meinung jedermann.

Chemnitz. Von der Chemnitzer Industrie- und Gewerbeausstellung für 1910 ist jetzt nichts mehr zu hören. Der Vorstand des Ausstellungskreises hat bereits seit Monaten keine Spur mehr abgefangen. Auch auf dem in Frage kommenden Ausstellungskreis, das zu einer Ausstellung im Jahre 1910 schon diesen Sommer hätte planiert werden müssen, ist nichts von derartigen Arbeiten zu bemerken. Zur Gegenteil sollen dort Mietgärten angelegt werden. Den Ausstellungskreis scheinen die daran interessierten Kreise aufzugeben zu haben.

Reichenbach. Das 18. sächsische Feuerwehrfest, das hier stattfand, hat ein Defizit von etwa 4000 Mark ergeben. Dieser Fehlbetrag wird aus dem Fonds für besondere Feuerlöschzwecke gedeckt werden!

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Am Ausgang des Dorfes Hüttenbergsdorf fand das Auto-mobil eines benachbarten Bürgerschulbesitzers infolge Bruches des Lenkungsseils gegen einen 30 Zentimeter hohen Kirschbaum, wobei der Baum entwurzelt und das Automobil stark beschädigt wurde. Der Chauffeur lag in den Graben-graben, doch kamen er sowie die Insassen unverletzt davon. — Am Ende einer Treppe in einem Holzgebäude in der Grottkaustraße in Leipzig-Reudnitz fand man die Leiche eines dort in der ersten Etage wohnhaften 69 Jahre alten Invaliden vor. Der Mann ist offenbar die Treppe heruntergestürzt und hat dabei den Tod gefunden. — Ein menschliches Skelett wurde am Dienstag auf dem Baumgarten-Magazin-Gebäude unweit der Kaserne des 103. Infanterie-Regiments in Gräben ausgegraben, und zwar in einer Tiefe von nur 55 Zentimetern. Jedenfalls handelt es sich um die Leiche eines 1813 in der Schlacht bei Gräben gefallenen Soldaten, der dort beerdigt worden ist. — 100 Meter und 1 Woche Gefängnis droht die Gesamtzahl der Eingangssachen, welche bis 2. Strafkammer des Landgerichts in Chemnitz am 22. September gegen den 21-jährigen Rademacher Moritz Bernhard Käfer aus Hofheimen auftrat. Der steht einmal wegen schweren Diebstahls mit 1. Worst Gefängnis vorbedrohte Mensch hatte im Sommer dieses Jahres in der Frankenbergser Gegend nicht weniger als 31 vollendete und versuchte Einbruchdiebstähle verübt, bis man am 15. August

seiner habhaft wurde. Er war außer den Diebstählen auch noch einige Unterschlagungen geständig. Das Gericht belegte den gefährdeten Späbuben unter Anrechnung der vollen Unterschlagungshaft mit einer Gefängnisstrafe von 6 Jahren Gefängnis und 6 Jahren Haftengangsfreiheit. — In Zwenkau wurde auf Schönbrunner Platz die Leiche eines etwa 4 Monate alten Kindes aufgefunden. Ob die Leiche aus einem Mühau-Zwischenfelder Buge geworfen oder ob ein anderes Verbrechen vorliegt, konnte nicht festgestellt werden. — Ein in den über Jahren lebender, vermutlich aus Witten kommender Mann wurde auf dem Randverfeld vom Herzschlag betroffen und starb bald darauf. — Schwer verunglückt ist in einer Droschkenwagen in Oberneuschönberg der 18jährige Arbeiter Hege aus Brandau. Er wollte einen kleinen auf die im Gang befindliche Trammission auflegen, wurde bleibend von dieser bei der rechten Hand erfasst und berührte mit in die Höhe gezogen, doch der rechte Arm zum Teil förmlich abgerissen wurde. Später wurde dem Droschkenwagen im Krantzenberg an Oberneuschönberg der steingeschleifte Armkumpf aus dem Droschkenwagen herausgenommen. — Der Autist Erz aus Annaberg-Buchholz hat die vierzigtausend Mark, die er beim Betreten eines Begräbniswagens in der Nähe der Annaberg-Buchholz Kirche in die Tasche gesteckt hatte verloren. — Ein 20-jähriger Begräbniswagenfahrer aus Annaberg-Buchholz wurde am Montag in der Annaberg-Buchholz Kirche in die Tasche gesteckt und verlor dabei einen Teil seines Kleidungsstückes.

Am Freitagabend vor dem 24. September wurde auf Schönbrunner Platz die Leiche eines etwa 4 Monate alten Kindes aufgefunden. Ob die Leiche aus einem Mühau-Zwischenfelder Buge geworfen oder ob ein anderes Verbrechen vorliegt, konnte nicht festgestellt werden. — Ein in den über Jahren lebender, vermutlich aus Witten kommender Mann wurde auf dem Randverfeld vom Herzschlag betroffen und starb bald darauf. — Schwer verunglückt ist in einer Droschkenwagen in Oberneuschönberg der 18jährige Arbeiter Hege aus Brandau. Er wollte einen kleinen auf die im Gang befindliche Trammission auflegen, wurde bleibend von dieser bei der rechten Hand erfasst und berührte mit in die Höhe gezogen, doch der rechte Arm zum Teil förmlich abgerissen wurde. Später wurde dem Droschkenwagen im Krantzenberg an Oberneuschönberg der steingeschleifte Armkumpf aus dem Droschkenwagen herausgenommen. — Der Autist Erz aus Annaberg-Buchholz hat die vierzigtausend Mark, die er beim Betreten eines Begräbniswagens in der Nähe der Annaberg-Buchholz Kirche in die Tasche gesteckt hatte verloren. — Ein 20-jähriger Begräbniswagenfahrer aus Annaberg-Buchholz wurde am Montag in der Annaberg-Buchholz Kirche in die Tasche gesteckt und verlor dabei einen Teil seines Kleidungsstückes.

## Stadt-Chronik.

### Lebnius.

Der jetzige Führer der Gelben, Rudolf Lebnius, hat den Redakteur des Vorwärts, Genossen Werthuth, verklagt, weil ihm nachgefragt worden sei, er, Lebnius, habe sich durch eine unwahre Angabe über einen Vorgang in einer Berliner Metallarbeiterversammlung nicht als Ehrenmann gezeigt. Das Schriftgericht hatte die angebotene Wahrheitshörer abgelehnt; es hatte anerkannt, dass Lebnius seine einwandfreie Persönlichkeit ist, verurteilte aber den Redakteur des Vorwärts zu 100 Mark Geldstrafe wegen formaler Verleumdung. In der Verhandlung vor dem Landgericht, die am Dienstag stattfand, stellte der Verteidiger des Vorwärts erneut Anträge, die den Beweis erbringen sollen, dass Lebnius in der Tat kein Ehrenmann genannt werden kann. Das Landgericht in Chemnitz hat Lebnius den Beweis zu vertragt, um weitere Zeugen heranzuziehen.

Unter den Beweismitteln, die der Verteidiger Dr. Rosenfeld vorgetragen hat, befindet sich auch ein Antrag, der sich auf Dresden's Vorwärts bezieht. Wir entnehmen hierüber dem Bericht des Vorwärts folgendes:

Weiter bat der Verteidiger Beweis dafür an, dass Lebnius sich mit einem Redakteur Paul Schmidt von der Dresdner Volkszeitung in Beziehung setzte und diesen erfuhr habe, ihm Interesse in bezug auf andere Redakteure der Dresdner Volkszeitung mitzuteilen. Das sei eine Verleitung zum Tschubus, die sich ein Ehrenmann nicht zuladen kommen lasse.

Lebnius bemerkte hierzu: Er führt eine Klage gegen die Redaktion der Dresdner Volkszeitung. Um sich Material für diesen Prozess zu verschaffen, habe er sich an Paul Schmidt gewandt, der ihm als Polizeiinspektor bekannt sei. Schmidt sei nicht Redakteur, aber Mitarbeiter der Dresdner Volkszeitung, deren Redaktion auch weiß, dass Schmidt Polizeiinspektor ist. Trotzdem dulde man ihn bei der Dresdner Volkszeitung, wo er auf und eingezogen, denn man sei in der Redaktion der Meinung, die Polizei läuft durch Schmidt, da man ihm keine, doch nützliche Informationen der gewöhnlichen Art gemacht und dafür von ihm 10 Mark erhalten, die er mit Dank angenommen habe.

Hierauf trat in der Verhandlung eine mehrfachige Pauline ein. Nach Wiederholung der Verhandlung teilte Rechtsanwalt Rosenfeld mit, er habe während des Prozesses telefonisch bei der Redaktion der Dresdner Volkszeitung angerufen und den Vorwärts erhalten, dass Paul Schmidt Mitarbeiter des Blattes, aber kein Polizeiinspektor sei, das Schmidt allerdings 10 M. von Lebnius erhalten habe, jedoch nicht als Entgelt für interne Mitteilungen, sondern um alte Schulden des Lebnius zu begleichen. Zu diesem Zweck habe Schmidt die 10 M. dem Geschäftsführer der Dresdner Volkszeitung übermittelt.

Lebnius bleibt demgegenüber dabei, dass er die 10 M. für erhaltenen Mitteilungen an Schmidt gezahlt habe. Lebnius bleibt auch dabei, dass Schmidt ein Polizeiinspektor sei und habe die Behauptung durch folgende Angaben zu bekräftigen: Schmidt habe für interne Mitteilungen, besonders um alte Schulden des Lebnius zu begleichen. Wie Bezug darauf habe Lebnius zu Schmidt gesagt: Wie kommen Sie dazu, so etwas gegen Ihren Vorgesetzten zu kreiseln. Dann habe er, Lebnius, der Polizei von dieser Note Schmidt Weiterleitung gemacht.

Rechtsanwalt Rosenfeld beantragte nun, dass auch Paul Schmidt als Zeuge vernommen werde, denn wenn festgestellt werde, dass Lebnius soeben an bisher Seile fällige Angaben gemacht habe über den Zweck der an Schmidt gezahlten 10 M., dann würde das allein ausreichen, um ihn nicht als Ehrenmann erscheinen zu lassen.

Lebnius sagte, es sei ihm durchaus erlaubt, wenn über alle von der Gegenseite aufgestellten Behauptungen eingehend Beweis erbracht werde.

Das Gericht entschied, die Verhandlung zu vertagen und die von der Verteidigung des Vorwärts vorgelegten Zeugen zu laden. Zum nächsten Termine sollen als Zeugen geladen werden: Paul Schmidt, Frau Lebnius, auch der heute nicht vernommene Zeuge Kahl soll gebeten werden. Werner Reitza, Abgeordneter Sächs. Landtag und Genosse Sandermann, die Auskunft geben sollen bezüglich der Behauptung, dass Lebnius gefälschter Brief veröffentlicht habe, die er als von der Gedächtnis Montigno hergehend ausgab.

Auch um kann es sehr erstaunlich sein, dass über alle diese Dinge Klarheit geschafft und zu diesem Zweck recht gründlich in die Vergangenheit des Herrn Lebnius hineingeleuchtet wird.

Wir haben zu diesen Vorwänden vor dem Berliner Gericht folgendes zu bemerken:

Bei dem telefonischen Gespräch, das Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld am Dienstag mittag mit unserer Redaktion hatte, sind, wie sich zeigt, Missverständnisse unterlaufen. Es ist von uns



## Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Zur Niesen-Aussperrung in der Lancashires Baumwollindustrie.

Wenn die Aussperrung in der englischen Baumwollindustrie verhindert werden sollte, würde das einer der größten Lohnkämpfe werden, die überhaupt in den europäischen Industriestädten stattgefunden sind. Wir geben deshalb einen dem Vorwurfs zugegangenen ausführlichen Bericht über die Entstehung des Lohnkampfes wieder.

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern in der Lancashire Baumwollindustrie sind mit der Schließung durch die Spinnereibesitzer, die am Montag in Kraft trat, in offene Feindseligkeit übergegangen. Damit ist in einer der wichtigsten Industrien Englands zwischen Kapital und Arbeit ein Kampf ausgetragen, wie er verhängnisvoller gerade zu diesem Zeitpunkt zu denken ist. England befindet sich gegenwärtig in einer wirtschaftlichen Krise, die sich über das genannte Vereinigte Königreich erstreckt. In allen Gewerben herrscht Mangel an Aufträgen und infolgedessen Arbeitslosigkeit; selbst die dem öffentlichen Verkehr dienenden großen Unternehmen, wie die Eisenbahn- und Telephongesellschaften, entlassen zahlreiche Dente, und die Telephongesellschaften erklären dazu, daß an Wiedereinstellung von Arbeitern auf längeres Zeit hinaus nicht zu denken ist.

Dazu kommt jetzt die Aussperrung in Lancashire, die sofort 110.000 Arbeiter mit einem Gehaltswochenlohn von 131.000 Pfund Sterling aus der Beschäftigung legt. Ihnen einer Woche wird die Zahl ihrer unmittelbar lebendigen auf 200.000 herab und innerhalb weiterer drei Wochen werden es, da dann die Garverträge erschöpft sind und auch die Arbeitnehmer den Betrieb einfrieren, 400.000 Männer sein mit einem Gehaltswochenlohn von 440.000 Pf. Sterling, denen in den nächsten zwei Wochen noch 100.000 Männer hinzukommen. Die englischen Statistiker berechnen, daß in den unmittelbar und mittelbar an der Baumwoll-Industrie abhängigen und mit ihr in Verbindung stehenden Gewerben ebenfalls rund 500.000 Männer arbeitslos würden, so daß dann gegen 1.000.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einem Familieneinkommen von etwa 3 Millionen Personen in Arbeitslosigkeit gezwungen sein würden.

Was die Arbeitseinstellung finanziell für die Spinnereibesitzer bedeutet, davon kann man sich eine Vorstellung aus der Tatsache machen, daß rund 44 Millionen Spindeln aufzuhören zu arbeiten. Bei mäßiger Berechnung wird man jede Spindel mit 1 Pfund Sterling ansetzen müssen, so daß, unter Mitverantwaltung des Betriebes, Maschinen um ein Kapital von 50 Millionen Pfund Sterling (1 Milliarde Mark!) brach liegt.

Die Ursache dieses Krisen ist die von den Spinnereibesitzern an die Arbeiter gestellte Forderung, die sie sollten sich mit einer Lohnherabsetzung von 5 Pf. pro Stunde einstimmen. Begegnet wurde und wird dieser Verlangung mit der allgemein ungünstigen Lage der Lancashire Baumwollindustrie. Und es muß in der Tat zugegestellt werden, daß diese Begründung kein leeres Vorwand ist. Die große Mehrzahl der Spinnereien arbeitet gegenwärtig mit Verlust, wie keiner der Betriebe jenseits verloren, darunter, daß im Durchschnitt jede Spinnerei täglich 100 Pf. Sterling verliert. Nur liegt der größere Teil der Schuld auf Seiten der Spinnereibesitzer selber oder wenigstens einer gewissen Gruppe unter ihnen. Die Sache liegt nämlich so, daß der gänzliche Geldfluss, welchen die Lancashire Baumwollindustrie in den letzten Jahren hatte, massenhaft Neugründungen von Spinnereien veranlaßt, von denen der größere Teil auf spekulativen Berechnungen ins Leben gerufen wurde. Von Zeugen, die die vorzeitige Gesamtlage des Geschäfts in der Weise aussagen, daß sie neue Unternehmen gründeten, deren Absatz und Anteilnahme sie mit großer Geschwindigkeit weiterlaben. Eine Folge dieses maschten Gründertätigkeits war natürlich eine gewaltsame Erhöhung der Lohnforderung, und hier mußte früher oder später ein Rückschlag unvermeidlich kommen. Solange die gänzliche Lohnfahrt in der ganzen Welt dauerte, konnte auch der höhere Lohnaufschwung aufrecht erhalten werden. Als aber der wirtschaftliche Niedergang von Amerika kam, einigte, da mußte für die Lancashire Baumwollindustrie die kritische Zeit herannahen, und diese folgte tritt jetzt in schärfster Form in Erscheinung. Die Forderung der Fortgeschrittenen sind überall überschüttet, der Abhang steht, und es ist vorläufig gar keine Hoffnung auf eine Besserung, denn die wirtschaftliche Lage in ganzem Lande steht noch völlig unter der Einwirkung der amerikanischen Depression, obgleich in den Vereinigten Staaten selber eine Wiedereraufbewegung bereits zu bemerken ist.

Die Arbeiter wissen sehr wohl, auf welche Ursachen die Krise in ihrer Industrie zurückzuführen ist und haben auch erklärt, daß für keine Verantwortung besteht, daß die Folgen der Sünden spekulativer Ausbreitungen anderer zu tragen. Deshalb haben sie auch den Vorschlag der Arbeitgeber, die fünfprozentige Lohnherabsetzung sollte am 1. Januar 1909 auf jeden Fall in Kraft treten, in dieser Form abgelehnt. Sie wollen sich mit der Lohnherabsetzung nur unter der Voraussetzung einverstanden erklären, daß keine Verkürzung in der Sonnentagsarbeit bis zu diesem Zeitpunkt zu verordnen ist. Diese Forderung der Arbeitgeber entspricht jedoch mehr dem Geiste des auch von den Baumwollindustriellen anerkannten Brooklands-Abkommen, welches die „gleitende Lohnstufe“ entsprechend den Schwankungen der Konjunktur aufstellt, als das Verlangen der Spinnereibesitzer, die eine Lohnherabsetzung unter allen Umständen festlegen wollen, auch für den Zeitpunkt, daß eine bessere Konjunktur eintrete.

Die Arbeiterverbände scheinen denn auch fest entschlossen zu sein, auf diese Vorschläge nicht einzugehen und es lieber auf die Entscheidung durch den Kampf ankommen zu lassen. Sie können das auch in der Tat mit einiger Rücksicht unternehmen, denn sie verfügen über

beträchtliche Mittel, eine ihrer Organisationen allein über eine 15 Millionen Mark, so daß sie, mit den ihnen von anderen Gewerkschaften vertretungsberechtigten Hilfsgeldern, in der Lage wären, mehrere Monate hindurch hohe Streitunterhaltungen zu gestalten. Die ernste Sorge der Öffentlichkeit angestieht die Lage ist daher noch unbegründet, und allgemein wird der dringende Wunsch ausgesprochen, die Regierung möge vermittelnd eingreifen, um zu verhindern, daß in einer Zeit, die mit ihrem allgemeinen Rothand an die „Arbeitsungericht“ erinnert, eine erzwingene Arbeitslosigkeit in Lancashire mit ihren unübersehbaren Folgen die ohnehin schwierige Lage im ganzen Lande gefährlich verschärfe. Warnend wird auf die immer bedrohlicher werdenden Auswirkungen der hangenden Arbeitslosigkeit in allen großen Städten, wobei es in Glasgow bereits zu Zusammenstößen mit der Polizei gekommen ist, hingewiesen, und die allgemeine Hoffnung richtet sich jetzt auf den Handelsminister Winston Churchill und das neue Vermögensamt, das er kürzlich erst geschaffen hat. Die nächsten Tage müssen hier die Entscheidungen bringen, wenn das Unheil, das nun imuge ist, abgewendet werden soll.

### Inland.

#### Zur Vereinigung der polnischen Gewerkschaften

wird uns geschildert:

Unter national-polnischen Einfluß befinden sich die gewerkschaftlichen Organisationen: 1. die polnische Berufsvereinigung (Sitz Warschau); die Mehrheit ihrer Mitglieder besteht aus polnischen Industriearbeitern im rheinisch-westfälischen Industriebezirk; 2. der polnische Gewerkschaftsverband (Sitz Poznań), dessen nicht bedeutende Mitgliedschaft — angeblich 5000 — vorwiegend in den kleineren Städten sich befindet; 3. der oberösterreichische Verein christlicher Arbeiter zur gegenseitigen Hilfe (Sitz Linz). Überdies, dessen Mitglieder sich ausschließlich aus den Arbeitern der oberösterreichischen Montanindustrie resultieren. Der „Verein“ kann auch kaum als gewerkschaftliche Organisation angesehen werden, seine Leiter versuchen ihn erst dazu umzugehören.

Die westfälische „Vereinigung“, die starken politisch gewerkschaftlichen Organisationen, sucht seit Jahren ihren Wirkungskreis auf alle Industriestädte mit großen polnischen Arbeiterkolonien auszudehnen (Hamburg, Bremen, Berlin usw.). sendete auch ihre Agitatoren nach den polnischen Landesteilen, nach Posen und Westpreußen. Hieraus entwickelten sich „Grenzstreitigkeiten“ zwischen der Bochumer „Vereinigung“ und dem Posener „Verband“, der von der polnischen kleinbürgerlichen Intelligenz als Mittel zur Eindämmung des Einflusses der modernen Arbeiterbewegung auf das polnische Proletariat vor Jahren gegründet wurde.

Diesen „Grenzstreitigkeiten“ (im territorialen Sinne) wurden seit einiger Zeit Einigungsbemühungen entgegengestellt. Diese Bemühungen, die von den national-polnischen Politikern eingeleitet wurden, gingen aber von allem davon aus, daß der Posener Verband nicht recht lebensfähig war. In den Posener Städten kommen für die Gewerkschaftsbewegung vor allem die Bau- und Holzarbeiter in Betracht und auf diese gewann die leistungsfähige und zentralisierte moderne Gewerkschaftsbewegung immer größeren Einfluß. Darob in national-polnischen Kreisen das Bestreben, durch die Vereinigung mit der westfälischen Organisation auch eine Centralisation, eine größere, gemeinsame Macht zu stützen zu bringen.

Die Einigung ist nun zustande gekommen. Eine Versammlung der beiderseitigen Delegierten hat nachstehende Leitsätze angenommen:

- Der Name bleibt: Polnische Berufsvereinigung. Sitz Warschau;
- die Statuten der Vereinigung, die auf der nächsten Generalversammlung durchgesehen und nach den neuen Bedingungen verbessert werden, verpflichten auch die bisherigen Mitglieder des Posener Verbandes;
- bis dahin gelten die bisherigen Statuten der beiden Verbände;
- ein Mitglied des Posener Verbandes tritt in die Zentralleitung der Vereinigung ein, bestätigt durch die Generalversammlung;
- das Organ des Posener Verbandes Sila wird vom 1. Januar 1909 an nicht mehr erscheinen;
- das Organ der Vereinigung wird vom Januar 1909 an den Namen Sila führen.

In anderen Worten: der Posener Verband geht in der westfälischen Vereinigung vollständig auf. Der oberösterreichische Verein zur gegenseitigen Hilfe wird von der Vereinigung nicht berührt. Unter den deutschen Vorliegen des herrlichen vielfach falsche Ausschreibungen über das Leben der westfälischen Vereinigung. Die deutschen Gewerken wissen oft nicht, daß diese Vereinigung die ausgesprochene Tendenz verfolgt, die Sozialdemokratie und die moderne Gewerkschafts-

bewegung in heftigster Feindseligkeit — nach dem Willen der Münchner Gladbach — zu bekämpfen. Erst jetzt wurde der Leitung der Vereinigung ein Anhänger mit dem Titel: Warum kann der Sozialdemokrat sein? vorgelegt.

Es ist dringend nötig, in allen in Prozeß kommenden Verfahren für die Agitation unter den politischen Arbeitermassen mehr als bisher zu tun.

**Bochum, 23. September.** Zur Versammlung der polnischen Berufsvereinigungen machte die neuwählte Kammer der Bergarbeiterzeitung einige interessante Mitteilungen über Zahl der Mitglieder und das Haushaltsergebnis des in Bochum zusammenkommenden Verbands. So ist die auch durch die Bergarbeiter gesammelte Summe, daß die volkstümliche Bergarbeitervereinigung Ein Bochum an 70.000 und die Bochumer Vereinigung 10.000 Mitglieder zählt, so ist übertrieben. Erstmals gemeldeter Verband hat ausweilend seiner Einschätzung an Beträgen höchstens halb so viel Mitglieder als angegeben.

Neben die Wachstum im Bochumer Verband kann es auch die letzten Generalversammlungen zu ähnlichen Ereignissen. Nach dem dort vorliegenden Berichtsbericht hatte der Verein in der Zeit vom 1. Juli 1908 bis 31. Dezember 1907, also in 1½ Jahren, eine Einnahme von 20.000.000 M. Das Jahr 1908 gab eine Ausgabe gegenüber von 20.000.000 M. 16 Brüder und 2 Hildesheimer! Am Unterliegen erhielten die Mitglieder ganze 10.000 M. Der Gewichtsverlust wurde die horrende Summe von 27.500 M. und die Streitunterstützung 142 M. gewährt. Der Rest ging für Verwaltung, Reisen usw. daran.

So sieht die Vertretung der Arbeiterviertel in den nationallpolnischen Gewerkschaften aus!

### Zum Kampf in der rheinischen Textilindustrie.

Die München-Gladbach Textilindustriellen, meistens ausländische Kaufleute, halten jetzt, während der Krise, den Zeitpunkt für gekommen, den Textilbetrieben das Zweistufigsystem aufzutragen. Den Anfang macht die Firma Karl Brandt, deren Inhaber der bekannte Zentrumspolitiker und von bürgerlicher Seite vielgerühmter Arbeitertypus" Brandt ist. Hier will er die Firma ein Leidet, ihren Willen durchzulehnen, da die Mehrzahl der Arbeiter dem christlichen Verband angehört und dieser die Firma zu Wohl und Wonne des Zweistufigsystems bei den Mitgliedern durchsetzt. Nach Brandt folgte die Firma Adeler und Götz, die am Sonnabend offiziell Weber wegen der Weisung, an zwei Stühlen zu arbeiten, kündigte. Jetzt will auch die Firma Gladbach Textilindustrie vorm. L. Fischer's ländlichen Arbeitern und Arbeitern kündigen, weil sie sich weigern, zwei Stühle zu bedienen. Beide Firmen berufen sich auf die Annahme des Zweistufigsystems bei der Firma Karl Brandt, aus Konkurrenzgründen müßten sie die Firma folgen. Welches Geschäft die Textilindustriellen bei der Einführung des Zweistufigsystems machen, geht aus einer Erklärung des Herrn Adeler bei der Verhandlung hervor, der da sagte, wenn die 18 Weber nicht an zwei Stühlen arbeiten wollen, habe die Firma eine wöchentliche Einnahme von 600 M. Welchen Ausgang die Bewegung nimmt, läßt sich noch nicht übersehen, da die Organisationsleitung zu vermeiden scheint. Der Kampf wird durch die verdeckte Haltung des in der München-Gladbach Textilindustrie jeweils stark vertretenen christlichen Verbandes leicht erschwert.

## Central-Theater

Täglich abends 8 Uhr Varieté-Vorstellung

Sonn- und Feiertags, 3½ Uhr.

Nachmittags-Vorstellungen zu ermäßigten Preisen.

## Victoria-Salon.

26 Waisenhausstrasse 26.

**Das grosse Eröffnungs-Programm.**

Anfang 8 Uhr. Sonntags 4 Uhr und 8 Uhr.

Im Tunnel: Gr. Künstler-Kabarett. Eintritt frei!

## Horch!

Von köstlichen Wohlgemach und hervorragend in Qualität sind die beiden Margarine-Marken

**„Siegerin“ und „Mohra“**

als gleicher feinster Margarinebutter vollkommen

Allzeitige Fabrikaten:

A. L. Mohr, Act.-Ges., Altona-Bahrenfeld.



# Kathreiners Malzkaffee ist das gesündeste Kaffegetränk!

Wir empfehlen:

**Proletarierkrankheit**  
und  
**Kranke Proletarier.**

Ein Beitrag zur Hebung der Volksgesundheit.  
von D. Thomas.  
Preis 20 Pf.

Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung, Zwingergasse Nr. 21.

1 Maßzug 16 M.

1 Paket 16 M. 50 Pf. Zaf. 10 Pf.

**Spezialität: garantierter echter Spanischer Portwein**  
à Flasche Mk. 1,25.  
Spielhagen, Ferdinand-Pl. 1.  
Weinversandhaus. Telef. Amt I, 6955. Lager alter feiner Bordeaux-, Rhein- u. Moselweine.

Ritter 11. Freiheit, wie neu, 48 M. zu verf. Ritter-Bücher-Plan 3. p.f.  
Herren- u. Damenrad. Räderlos. Speedoradette billig zu verf. zu Teile. Gr. Strübing, 21. II.  
Militär-Etiefel u. Schuhe neu u. gebraucht, nur bei H. Nicolai, II. Kirchgasse.

## 1000 Mk.

gelingt zur Gründung e. gutreisbar. Gründungs bei guter Sicherheit und Beziehung. Cf. eb. V. W. 100 Gründ. d. Bl.

**Tüchtige Hutfirmen**

auf Medaille, 75 M. Stundenlohn. Hutfabrikation.

**Alexander Kromener**

Berlin-Pankow. Hufarbeiter. S.

Durchdringt die französische Nachfrage, daß unter

einem mögl. Zimmer. Cf. erhöhen unter Z. an die Expedition d. Bl.

**Todes-Anzeige.**

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine Mutter, Großmutter, Schwester und Tochter, Frau Charlotte Gericke Bürger Glücksburg, am Dienstag nachts verstorben sind. Dies zeigen höchstlebendig an.

Deutzen, den 23. September 1908.

Die trauernden Hinterbliebenen.

**Görlitzer Waren-Einkaufs-Verein.**

# Kakao

= bedeutend billiger! =

## Pfund 1 Mark.

Bessere Sorten lose Pf. 140 und 180 Pf.  
in Paketen à 1/4, 1/2 und 1/1 Pfund 200 und 240 Pf.

Hafermehl-Kakao-Mischung, Pfund 85 Pf.

Rudins Pflanzen-Närsalz-Kakao mit Leguminosen-Zusatz  
1/2 Pfund-Paket 100 Pf.

**Kakaol,** 1/4 Pf.-Paket 50 Pf., 1/2 Pf.-Paket 100 Pf.

Kandierte und vanillierte Kakaoschalen  
(jogen. Kakaotee), sehr feine Qualität, Pf. 30 Pf.

Suppenpulver ..... Pf. 42 Pf.  
(fein vanilliert) ..... Pf. 60 Pf.

Feinste Puder-Schokolade in Paketen à 1/2 u. 1/1 Pf. Pf. 80 Pf.  
Hochfeine Vanille-Bruchschokolade ..... Pf. 90 Pf.

Feinste Haushalt-Schokolade in 1 Pfund-Blöcken Pf. 80 Pf.  
Feinste Haushalt-Schokolade ..... Tablette 17 Pf.  
Hochfeine Milch-Schokolade ..... " 25 Pf.

Auf vorstehende Preise gewähren wir noch  
**6 Prozent Rabatt in Marken.**

**Cigarren**

Gelegenheitsposten!  
Sum. Vorherrnlanden, Sonnenstr. 22.  
d. Laufend 14, 20, 25, 28, 30, 32,  
35, 38, 40, 45, 50, 52 bis 65 Pf.  
Probeschütteln gern zu Tieren.  
R. Horn, Palmsir. 26. 1. Gang.

**Auf Kredit!**  
Nur 1 Mark wöchentlich Ratenzahlung.  
**Hängelampen u. Kronleuchter**  
für Gas und Petroleum  
zu kaufen billig, Preisen nur bei  
**E. Goldhammer**  
Dresden-L. Villniger Str. 14, 2.

**Günstige Gelegenheit!**  
Guten Vollen neue Herrenanzüge  
wob. zu verl. Eigene Schuh-  
macherie. Ausfertigung aller Spezien.  
(Sinn- und Verstandsgeld).  
H. Kern, Königsbrück.

**Mutterspritzen**  
Spülkannen, Leib-  
binden, Gummistrümpfe  
Güte bei Störung und alle

**Frauenartikel**

Preis-Liste gratis u. direkt.

**Rich. Freisleben**

Postplatz. Man achtet gern auf Firmen,  
die auf beide Kunden Rabatt

Nicht versäumen!

Wenig Nutzen!

Schneller Umsatz!

Ca. 100 ff. herrschaftl. pers.  
Herbst- und Winterpelze,  
8 M., Arbeitspelze,  
100 Et. a 2.000 ff. jahr. auch  
herrschaftl. gest. Umzüge und  
Schuhwerk verkaufen

Zentralbetriebsstelle Seite Seite 13.

**Plüschsofa** zu verkaufen

Bürgersir. 25. 1.

Eleg. Plüschsofas, Feder-

matten, solide Arbeit, bill. zu verl.

Zeitl. gest. Schäferstr. 22, Tapetenier.

**Jasmazi-Cigaretten**

Unerreichte Qualität! Grösste Verbreitung!

Lucca mit Mundstück .....	1 Pf.-Cigarette
Kolpo mit Mundstück .....	1 "
Unsere Marine mit und ohne Mundstück .....	2 "
Dubec No. 6 mit und ohne Mundstück .....	2 1/2 "
Hellas mit und ohne Mundstück .....	3 "
Elmas Gold-Mundstück .....	3-5 "
Pteo mit Mundstück, ohne Mundstück und Gold .....	4-25 "

**Geschäfts-Gründung!**

Einer hochgezüchteten Einwohnerschaft von Döhlen und Umgegend ist ges. Kenntnis, daß ich Freitag den 25. September in Döhlen, Rote Schenke, ein

**Rossfleisch- und Wurstwaren-Geschäft**  
verbunden mit **Speisewirtschaft** als zweites Geschäft eröffnen werde. Ich will bestreben werden, daß, mögl. das Renommee meines Deubener Geschäftes übertragen wird, mit nur guten und frischen Fleisch- und Wurstwaren bei billigen Preisen auszurichten. Mit der Sicht um gütiges Wohlwollen rechnet Hochachtungsvoll Bruno Ehrlich, Rossfleischerrei Deuben-Dresden. Telefon 2074.

Sommer-, Herbst- u. Winterüber-  
züge in gr. Ausf. verl. herstellung  
Weber, Schwerinerstr. Dresg. 8. I.

**Sofas** gut gearb.  
grün und 38, 45 und 54 M.

Wildlederstrasse 19, 1. Et.

1 Scheant, 1 V. röhr, wenig gebr.

mit Schnüren, billig zu verkaufen b.

Leiblich, Kronprinzenstrasse 23.

von jedem Volken Alt-Metall,  
Kupfer, Messing, Blei, Zinn,  
Silber, Stroh, Zeitungsbauer,  
Gläser, Glas zu höchsten Preisen  
Gerbergasse 5, Hof,  
Ernst Werner.

**Gute Speise-Kartoffeln**

marken für den kleinen Tag abgeben Dohna, Markt 4.

**Einkauf**

Für Schlosser!

Ge. Werkstat., Metall, Schraub-

feste, Nussknagel-Schlüssel, dts. Vent-

vorlage ganz billig zu verkaufen bei

Werner, Rosenstr. 10, p.

**Kommen**

Sie einmal in Ver-

legenhheit, Ihre Uhr

einer Reparatur un-

terziehen zu müssen,  
dann werden Sie

Sehen

bei uns Uhren- und

Goldwaren-Geschäft

v. H. Lorenz, Schäf-

zige 4, daß reellste

am Platze ist und Sie möchten gewis-

Staunen

über die Preiswürdigkeit der Waren

und der ausgeführten Reparaturen.

**Gothof zu den Linden**

Vorstadt Cotta.

Jeden Sonntag und Montag

**Schneid. Ballmusik.**

Billigste Tanzgelegenheit!

Schönster Aufenthalt im herrlichen

Garten.

**Richter's Restaurant**

und Frühstücksliebe

Dresden-Neustadt, Friedensstrasse 1

wird zum Besuch empfohlen.

**Altstädter!**

**Mäntel - Ulbricht**

Freiburger Platz.

**Schuhputz**

**Globin**

gibt schönsten Glanz,  
erhält das Leder weich  
und ganz.

**Böhmisches Bettfedern**

v. 1.30 M. an Saubergt. Hauptstr. 38.

**Veralteite Ausflüsse**

der Harnröhre

behandelt gewissenhaft,  
naturnah, ohne d. lästige Wiederauftret.

Friedrich Helmberg,  
Naturheilpraktiker,  
Dresden, Baumberg Str. 32, 2.

**„Ding an sich“**

frei von Chlor und Soda, ist und bleibt das erste und

beste Waschmittel der neuen Ära. **Chlor** zerstört die Wäsche, **Soda** macht sie gelb; größere Mengen davon sind schädlich. Soda greift auch die Hände empfindlich an. Billige Waschmittel enthalten erhebliche Mengen Soda, zum Teil bis zu 90%.

Zu haben in Drogerien und besseren Kolonial-

-waren-Geschäften.

**Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands**  
Zahlstelle Dresden

hält sich den gebräuchlichen Gewerkschaften, Vereinen und Gesellschaften zu  
Abhaltung von Konzerten und Ballmusiken (Kapellen) in jeder Stadt  
Geschäftsstelle u. Arbeitsniederlassung: **Pechfelders Restaurant**,  
Dresden-L., Dresdnerstr. 8, Telefon 8892.  
Direkte Geschäftskontakte: Geben Dienstag und Donnerstag um 19 Uhr abends.

**Zweigstelle Mügeln-Pirna**

**Pirna**  
Ringstraße 62 D, 1.  
Obere Bergstraße 2.  
NB. In Sachsen-Mügeln hat sich eine selbständige Assoziation, die aus Mitgliedern der ehemaligen Sächsischen Musik- und sich wegen ungünstiger Verhältnisse abgetrennt haben.

**„Ding an sich“**

frei von Chlor und Soda, ist und bleibt das erste und  
beste Waschmittel der neuen Ära. **Chlor** zerstört die  
Wäsche, **Soda** macht sie gelb; größere Mengen davon  
sind schädlich. Soda greift auch die Hände empfindlich an. Billige Waschmittel enthalten  
erhebliche Mengen Soda, zum Teil bis zu 90%.  
Zu haben in Drogerien und besseren Kolonial-  
waren-Geschäften.

**Nordsee.**

In strammer Lößpfandung erhalten Sie täglich und folgende Tage in eigenen Eisenbahn-Kühlwaggons strahlend lebendfrisch:

**ff. Helgol. Schellfisch**, groß  
Pfund 42 Pf.

**ff. Helgol. Schellfisch**, groß  
Pfund 32 Pf.

**ff. Helgol. Schellfisch**, Portion  
Pfund 24 Pf.

**ff. Helgoländer Bratschellfisch**  
Pfund 16 Pf., 5 Pfund 70 Pf.

**ff. Schellfisch ohne Kopf**  
im Stückpreis per Pfund 36 Pf.

**ff. Kabeljau ohne Kopf**  
im Stückpreis per Pfund 22 Pf.

**ff. Seelachs ohne Kopf**  
im Stückpreis per Pfund 22 Pf.

**ff. Austernfisch ohne Kopf**  
abgezogen, im Stückpreis per Pfund 50 Pf.

**ff. Makrelen**, gross, Pfund 50 Pf.

**ff. Schollen**, gross u. mittel, Pf. 26 Pf.

**ff. Rotzungen**, gross, Pf. 60 u. 70 Pf.

**ff. Heilbutt ohne Kopf**  
im Stückpreis Pfund 80 Pf.

**ff. Steinbutt**, groß, Pfund 160 Pf.

**ff. Tafelzander**, Pfund 80 Pf.

**ff. Flusslachs** ohne Kopf, im Anschnitt, Pf. 140 Pf.

gerne empfohlen:

ff. geräuch. rotfl. Flusslachs, in Stück, Pfund 150 Pf.

ff. Island. Fetttheringe, Et. 10 Pf., a. 10 Pf. 350-380 Et. 27, 3.

ff. geräucherten Schellfisch, Seelachs, Flundern, Rothen, Kieler Bückling, Kieler Aale.

ff. Fischstäbze, Pfund 50 Pf.

sowie sämtliche geräucherten und marinierter Fischwaren fast frisch zum billigen Tagesspreis.

**Deutsche Dampffischerei - Gesellschaft**

**„Nordsee“**

Webergasse 30. Telephon 2471.

**Kahnladung**

**Braunkohlen**

ist am Schusterhaus eingestellt. Es

kauft dieselben zu den billigsten Preisen.

Sämtliche Brennmaterialien ob Lager, Briketts

1000 Stück von 2 Pfund an frei geliefert.

**Emil Kühnel, Dresden - Cotta**

Gossebaumer Straße 5. — Telephon Nr. 9075.

**Geehrte Hausfrauen!**

Berlangen Sie das wohlfeinste

**Präzschwitzer Mühlenbrot**

Es haben fast in jedem besseren Brotzelergäßl.

Hauptniederlage: **Bergmannstrasse 22, 20.**

**B. Meider, Kunst- u. Handelsgärtnerei**

fr. G. Böttger, Deuben, Bahnhofstr. 12



